

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 18. Oktober 1930

Nummer 84

Manifest der freien Gewerkschaften

(Beschl. in der Bundesaussch. Sitzung des ADGB am 13. Oktober 1930)

I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verzerrung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zölle, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die **Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.**

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Reichsmark Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Baumarcktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert insgedessen eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche so lange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die frei werdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einziehung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

III.

Angeichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerfütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstiege der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird jedoch auch diese Widerstände überwinden.

Bekanntmachung

Achtung! Betriebsvertrauensleute! Aufnahme der Verbandsstatistik!

Aus bestimmten Gründen ist es notwendig geworden, die Termine der Statistik um eine Woche vorzuzerlegen. Der Aufnahmetermin wird hiermit auf

Montag, den 3. November

festgesetzt. Die ausgefüllten Fragebogen sind durch die Ortsvorstände sofort einzusammeln und

Spätestens bis zum 10. November

dem Gauvorstand einzusenden.

Wir bitten dringend um Einhaltung dieser Daten.

Berlin, 16. Oktober 1930.

Der Verbandsvorstand

Stellungnahme der Gewerkschaften zur Wirtschaft- und Finanzkrise

(Bundesauschussführung des ADGB.)

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 12. Oktober im Reichswirtschaftsrat zu seiner neunten Tagung zusammen. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme zu der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, nahm zur abschnittsweligen Begründung zu dem Umstehenden, als Manifest der freien Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise zu wertenden Entschiedenheit, einleitend das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. Ich kann es mir in diesem Kreise versagen, die Schwere der Krise an Hand von Zahlenmaterial zu erhärten. Die Zahl der Arbeitslosen, die wohl in jedem Verbandsgebiet höher ist als in früheren schlechten Zeiten, besagt genug. Leider haben wir keinen Anhaltspunkt dafür, ob die Krise nun bereits an ihrem Tiefpunkt angekommen ist. Wir müssen mit weiteren Verschlechterungen vorwärtsgehen rechnen. Aber selbst wenn die Konjunktur ihren tiefsten Stand erreicht haben sollte, wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten wegen des Eintritts des Winters noch weiter ansteigen. In früheren Jahren konnte die öffentliche Hand durch Bereitstellung von Notstandarbeiten einen Teil der Arbeitslosen auffangen; aber gerade jetzt, wo die Not der Wirtschaft am größten ist, ist mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm kaum zu rechnen. Infolge einer verfehlten Finanzpolitik sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchhalten. Es rächt sich jetzt die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der zu einer Zeit, als Auslandsanleihen noch verhältnismäßig billig waren, der öffentlichen Hand den Zugang zum ausländischen Markt gesperrt hat. Es rächt sich die Leichtfertigkeit früherer Finanzminister, die keine Reserven zurücklegen wollten, sondern es für richtig hielten, den Reichshaushalt „am Rande des Defizits balancieren“ zu lassen, wie es der damalige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold ausbrückte.

Ob wir zur Zeit Auslandsanleihen zum Zwecke der Arbeitsfinanzierung erhalten können, erscheint also zweifelhaft. Der laufende Reichshaushalt hat ein Defizit von rund einer Milliarde Mark. Die Erparnismaßnahmen des neuen Regierungsprogramms, wie z. B. die Gehaltskürzungen, sollen erst zu Beginn des neuen Etatsjahres, also zum 1. April 1931, wirksam werden. Auf Grund dieser späteren Erparnismaßnahmen hofft die Regierung für das laufende Jahr einen „Aberkreditungskredit“ zu erhalten, der dann freilich die Aufnahme weiterer Anleihen aufs äußerste erschweren würde. Es kommt hinzu, daß das Regierungsprogramm eine Kürzung der Hauszinssteuerermittlung für den Wohnungsbau um 400 Mill. M. vorsieht und diesen Ausfall durch Finanzierung mittels Anleihen auszugleichen beabsichtigt. Es ist fraglich, ob derart beträchtliche Summen auf dem Anleihewege zu erhalten sind. Sollte dies aber der Fall sein, so würde eine weitere Verknappung des Anleihe marktes eintreten und damit die Aufnahme weiterer Kredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung noch mehr eingeengt und damit noch unwahrscheinlicher werden.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhebt die Frage der Preissenkung eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preissenkung nur nach vorheriger Lohnsenkung und im Ausmaß dieser Vorkürzung durchführen zu können. Es ist ihnen gelungen, weite Kreise von der angeführten Richtigkeit dieser Argumentation zu überzeugen. Denn im allgemeinen weiß eben der Außenstehende nicht, daß die Löhne einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Herstellungskosten haben. So betragen nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochpreisbetrieben nur 7 Proz. des Produktionswertes, in der chemischen Industrie, in der Lederindustrie, in der Steinkohlenindustrie, in 10 Proz., in der Textilindustrie noch nicht 20 Proz., in der Automobilindustrie rund 20 Proz. Eine Reduktion der Löhne würde hier also das Preisniveau nur ganz geringfügig verändern können. Viel bedeutender für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Zuerst hat des letzten Jahres ist eine Reihe wichtiger

Werkstoffe, wie Kupfer, Blei, Zinn, Jahn, Wolle, Baumwolle, Flachs, Jute, Koffein, Schrot und Rantöl, um 25 bis 40 Proz. gestiegen. Wir merken aber noch nicht, daß die Fertigwarenpreise dementsprechend billiger geworden sind. Wir merken ebensowenig, daß die im Inland gewonnenen Rohstoffe, insbesondere Kohle und Eisen, in dem Maße nachgegeben haben, wie es der eigenen Wirtschaftskrise entspräche. Die Differenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen wichtiger Produkte wird von Woche zu Woche größer und unerträglicher. Die Regierung hat zwar durch die Verschärfung der Verordnung über die Kartelle einen zaghaften Anfang gemacht, nun sich aus in diese Preisgestaltung einzugreifen, aber mächtige Kräfte sind ihr sofort in den Arm gefallen. Wir müssen fordern, daß die Kartellkontrolle unverzüglich schärfer gehandhabt wird, und daß zum Mittel der Zollsenkung für diejenigen Produkte, deren Preise zu hart unter dem Einfluß der Syndikatsbildung stehen, gegriffen wird. Schon einmal hat eine rechtsstehende Regierung mit dem Mittel der Zollsenkung gedroht, wenn sie auch näher nicht den Mut hatte, diese Drohung durchzuführen. Im August 1925, nach der großen Revision des Zolltarifs, drohte der deutschnationale Reichswirtschaftsminister Dr. Neukhaus im Reichswirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates damit, daß die Regierung zwecks Senkung der Preise genötigt sein könne, „die Sätze des autonomen Tarifs auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung zu senken“.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten auch nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausgeübte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist. Sie klammern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf die Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken, besonders wenn eine Lohnsenkung in bedrohliche Nähe gerückt ist. Im Interesse der Volkswirtschaft haben wir bisher einen Ausgleich zwischen der Kaufkraft der ländlichen und städtischen Bevölkerung angestrebt. Wir haben die Veruche der Stabilisierung von Preisen landwirtschaftlicher Produkte begünstigt — natürlich abgesehen von den Überreibungen des Ministers Schiele. Wir haben es für richtig gehalten, daß durch diese Stabilisierung der Landwirt von dem Zufall des Erntergebnisses nach Möglichkeit unabhängig werde. Wir müssen es uns jetzt überlegen, ob wir eine solche Politik noch weiter billigen können. Wird das von uns angestrebte Gleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Kaufkraft durch Lohnsenkungen gefährdet, dann fällt die Voraussetzung für unsere Unterstützung der Landwirtschaft fort. Dann müssen wir verlangen, daß auch die landwirtschaftlichen Produkte in ihren Preisen der Kaufkraftminderungen der städtischen Bevölkerung ausgesetzt sind. Wir müssen eine solche Stellungnahme vornehmen, aber wir können es auf die Dauer nicht mit ansehen, daß auf der einen Seite die Lebenshaltung des Arbeiters herabgedrückt wird, während auf der anderen Seite die Inlandspreise für Roggen und Weizen, für Zucker, für Getreide und Papier weit über den Auslandspreisen stehen, und daß demzufolge die Gefahr besteht, daß auch die Viehpreise im Inland in Kürze sich weit über die Preise des Auslandes erheben. Wenn der ausländische Arbeiter billige Nahrungsmittel beziehen kann, so muß auch dem deutschen Arbeiter das gleiche zugestanden werden.

Der Plan der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft enthält keinen Vorschlag zur Härteren Anurbelung des Wohnungsbaues; obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und der schlechten Wohnverhältnisse der breiten Massen der Bevölkerung die Voraussetzung hätte sein müssen. Die Regierung beabsichtigt, den entgegengekehrten Weg zu gehen. Statt der bisherigen Verwendung von 800 Millionen Mark aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau will sie künftig diesem Zweck nur noch 400 Millionen zuführen. Die verbleibenden 400 Millionen sollen der Senkung der Realsteuern dienen. Es ist aber anzunehmen, daß es zu keiner Steuerentlastung kommt. Vielmehr dürften diese 400 Millionen zur Stopfung des Defizits im Reichshaushalt verwendet werden.

Die Kürzung der öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau nötigt zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbau-tätigkeit. Nach dem Plan der Regierung sollen von 1931 ab jährlich nur noch 165 000 Wohnungen mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken gebaut und weitere 50 000 Wohnungen ohne jegliche Zuschüsse vom freien Kapitalmarkt aus finanziert werden. Es sollen also insgesamt in den kommenden Jahren im günstigsten Falle nur noch 215 000 Wohnungen gebaut werden. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1929 rund 330 000 Wohnungen erstellt wurden, dann ist für die kommenden Jahre nur noch mit einer Wohnungsbau-tätigkeit von höchstens zwei Dritteln des bisherigen Umfangs zu rechnen. Das muß katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen. Die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit der bauwirtschaftlichen Arbeiter wird einmal durch das Erlahmen der öffentlichen und gewerblichen Bau-tätigkeit infolge der schlechten Finanz- und Wirtschaftslage, zum anderen durch die von der Regierung vorgesehene Abbauung der Hauszinssteuererlöse für den Wohnungsbau und weiter durch den Umstand, daß nur noch ganz kleine Wohnungen gebaut werden sollen, schätzungsweise um ein weiteres Drittel steigen.

Ab 1. April 1930 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in Bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen

konnte. Heute, unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen, ist der Einfluß der öffentlichen Hand auf diesem Gebiete noch notwendiger. Der hier von der Regierung gemachte Vorschlag ist daher ein doppelter Fehler.

Auffallend ist, daß die Regierung kurzerhand 400 Millionen Mark dem Wohnungsbau entziehen will, andererseits aber von einer besseren Ausfüllung der Hauszinssteuer, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird, absteht. In Preußen allein würden, wenn die vom Mieter abgezogene Hauszinssteuerbeträge in vollem Umfang vom Hausbesitzer an die Steuerstellen abgeführt würden, etwa 300 Millionen Mark mehr eintommen.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieterschutz in den nächsten Jahren weiter gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben. Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren wiederholt für die Beibehaltung des Mieterschutzes ausgesprochen. Die sogenannte freie Wirtschaft im Wohnungswesen, wie sie jetzt wieder hergestellt werden soll, würde nichts anderes bedeuten als eine Diktatur der organisierten Hausbesitzer gegenüber der Mieterschaft, die rund 90 Proz. der deutschen Bevölkerung ausmacht. Bei dem Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage an Wohnungen und bei dem Zwang für jedermann, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sich mit seinen Ausgaben für die Wohnung einzuschränken, und weiter im Hinblick auf die Abfiht, Löhne und Gehälter abzubauen, wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach kleinen Wohnungen besonders groß sein. Das muß automatisch zu einem erheblichen Anziehen der Mieter für diese Wohnungen führen, und davon würde die arbeitende Bevölkerung besonders hart betroffen werden. Es ist nicht einzusehen, wie sich die Mietzinsbildung der nächsten Jahre gestalten wird. Es ist notwendig, daß die Höhe der Miete und der Löhne in einem erträglichen Verhältnis zueinander bleiben. Das ist aber nur zu erreichen durch eine gesetzliche Bindung, wie sie zur Zeit in den Mietverträgen gesehen vorhanden ist; also wenn der Wohnungsinhaber vor ungerechtfertigter Mieterhöhung und vor willkürlicher Kündigung durch den Vermieter geschützt bleibt. Wie eine Neuregelung des Wohnungswesens trotz oder gerade wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden, auszuführen ist, haben die Gewerkschaften in ihren wiederholten Denkschriften und Eingaben an die Ministerien und Parlamente bereits in den Jahren 1920, 1928 und Ende 1929 zur Genüge dargelegt.

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschlich würdiges Dasein verschaffen wollten, weil wir ihm einige Stunden zur freien Verfügung seiner körperlichen und geistigen Kräfte gewährleisten wollten, so haben wir die 40-Stunden-Woche in Stockholm, auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Erparnisse an Arbeitskraft gebracht, Erparnisse, die sich auf der anderen Seite in einer Überfüllung des Arbeitsmarktes bemerkbar machten. Der Produktionsapparat ist in gewaltigem Ausmaß vergrößert und die Möglichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Vermehrung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterfrage selbst befähigt wird. Selbst in Amerika, dessen wirtschaftliche Lage unvergleichlich besser ist als die unsrige, gewinnt seit dem Beginn der vorigen Depression das Schlagwort der „Fünftagewochen“ mit dem „Fünftundentag“ an Boden.

Nun hatten wir uns freilich die Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung für die Zeit eines Ausfließens der Wirtschaft vorge stellt. Jetzt aber werden wir dazu gedrängt, uns mit der gleichen Frage die Zeit einer Wirtschaftsdpression zu beschäftigen. Was die Frucht wachsender wirtschaftlicher Betätigung sein soll, wird nunmehr zu einer bitteren Notmaßnahme. Wir haben rund 3 Millionen Arbeitslose, und wir wissen nicht, wie groß die Zahl derer sein wird, die in den nächsten Monaten noch arbeitslos werden. Heute weiß selbst der Arbeiter im Betrieb nicht, ob er morgen noch beschäftigt wird. Auch für ihn hat daher die Frage einer Arbeitszeitverkürzung Bedeutung. Eine solche Verkürzung bedeutet eine Art Selbstverschärfung der Arbeiterschaft gegen weitere Entlassungen und darüber hinaus einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen, denen dadurch die Möglichkeit geboten wird, früher in den Produktionsprozeß wieder eingereiht zu werden, als sie es nach der bisherigen normalen Arbeitsdauer erwarten könnten. Deshalb fordern wir „eine gesetzliche 40stündige Arbeitszeit so lange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Entstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benennung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Abgang die freiwerdenden Unterfüllungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Umständen zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitsunterstützung abzuführen hat.“

Wir haben uns ein Bild davon zu machen gesucht, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wohl wirken könnte. Wir haben der Vorfrist halber die Kleinbetriebe, die Landwirtschaft und die Hauswirtschaft ausgeklammert, die schon bestehende Kurzarbeit beschäftigt

und auch das Baugewerbe mit seinen besonderen Bedingungen sowie den Bergbau, bei dem bereits jetzt zahlreiche Fetzerschlachten eingeleitet sind, außer Ansatz gelassen. Wir kommen dann bei achtstündiger Verkürzung der Arbeitszeit und unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunktur zu der sehr vorfristig geschätzten Zahl von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Million Arbeitsloser, also 10, 15 oder vielleicht auch 20 Proz. der augenblicklichen Arbeitslosenzahl, die für eine Wiedereinstellung in Betracht kommt. Das mag wenig genug sein; aber wir dürfen nicht den psychologischen Effekt verkennen, den die Verkürzung der Arbeitszeit ausübt. Wir haben im Vorstand mehrmals und eingehend über die Frage gesprochen. Es ist dort auch zum Ausdruck gekommen, daß dieser psychologische Effekt in sein Gegenteil umschlagen könnte, wenn die Hoffnung auf Einstellung weiterer Arbeitsloser fehlschlägt. Wir würden in diesem Fall nicht nur den Arbeiter im Betrieb und zum Gegner machen, der unter der Arbeitszeitverkürzung leidet, sondern auch den Arbeitslosen nicht zum Freunde gewinnen, dessen Hoffnungen fehlschlagen. Wir müssen betonen, daß die Arbeitszeitverkürzung in erster Linie dem noch Arbeitenden seinen Arbeitsplatz sichert und erst darüber hinaus einige Hoffnung auf Wiedereinstellung bisher Arbeitsloser gibt.

Es ist weiter der Einwand erhoben worden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intendivierung der Arbeit, also durch verkürztes Arbeitsstempo der Arbeiter im Betrieb, weitgemacht würde. Demgegenüber darf auf die bisher geübte Selbstziplin der Arbeiter verwiesen werden und darauf, daß eine starke Arbeitszeitverkürzung durch schnelleres Arbeitsstempo doch nicht vollständig ausgeglichen werden kann.

Man hat auch das Kaufkraftargument angeführt, aber dabei doch wohl übersehen, daß die Gesamtkaufkraft nicht geschmälert wird, sondern nur eine Verschiebung der Kaufkraft stattfindet, und daß auch die Art der Kaufkraft insofern nicht verändert wird, als der bisher Arbeitslose voraussichtlich nicht in erster Linie seine Ernährung verbessern wird, sondern zuerst an einen Erlass für seine abgetragene Kleidung denken muß.

Wir können freilich nicht darauf bauen, daß die Unternehmer — von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleistet, nicht aber eine Verkürzung der Wochenlöhne auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung. Bedenken wir doch ferner, daß die Forderung der Arbeitszeitverkürzung bereits in der bürgerlichen Presse seit Wochen diskutiert wird. Wüssen wir nicht unserseits dazu Stellung nehmen? Wir müssen es um so mehr, als ja die Arbeitszeitverkürzung, wie jeder unserer Verbandsvertreter aus seiner Versammlungstätigkeit bezeugen kann, schon jahrelang und immer dringlicher von unseren Mitgliedern gefordert wird. Man ist ja in vielen Betrieben schon dazu übergegangen, das in der Praxis durchzuführen, was wir nunmehr von der Gesetzgebung fordern. Im Bergbau sind zahlreiche Fetzerschlachten eingeleitet. Die Berliner Metallarbeiter haben ihrerseits die Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen. In den Eisenbahnerkreisen, bei der Berliner Verkehrs-gesellschaft, im Leunawerk und kürzlich bei einer Hamburger Dmüls sind bereits derartige Vereinbarungen zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften getroffen worden.

Gegen die Arbeiter haben wir bisher wenig genug erreicht. Vor einigen Wochen hat die „Gewerkschaftszeitung“ eine Aufstellung des Gesamtverbandes über die Arbeitszeit in den Fachgruppen Gas, Elektrizität und Wasserwerke, Gesundheitswesen, Gärtnereien usw. gebracht, und mit schmerzlichen Bedauern haben wir festgestellt, daß die tatsächliche Arbeitszeit auch jetzt noch teilweise recht erheblich über der normalen Arbeitszeit liegt. Die letzte Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ brachte einen ähnlichen Bericht aus den Eisenbahnerkreisen. Nicht anders liegt es zweifellos bei vielen andern Verbänden, wie ja auch frühere Erhebungen des DGB. ergeben haben. Es ist uns aus eigener Kraft bisher nicht gelungen, diese ungelunden Zustände zu beseitigen. Deshalb fordern wir jetzt die gesetzliche Beschränkung der Überstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, daß für jede Überstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll.

Dann werfen wir in der Entschlieung eine Frage auf und stellen eine Forderung, auf die ich Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken muß. Wir sagen: „Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgeltes auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.“ Nach den letzten Ausweisungen sind allein in der Reichsverwaltung 61 000 Ruhegehaltsempfänger mit einer Gesamt-pensionslast von 200 Millionen Mark jährlich. Davon entfallen 36 000 Pensionen auf ehemalige Reichswehangehörige mit einem Gesamtrentensbetrag von 140 Millionen Mark. Dazu treten weitere 4500 Wartegeldempfänger mit jährlich 18 Millionen Mark Pensionslast. Die Reichsbahn zählt 116 000 Ruhegehaltsempfänger und 21 000 Wartegeldempfänger mit zusammen 360 Millionen Mark an Pensionen. Über die Zahl der Pensions- und Wartegeldempfänger bei der Reichspost, die sehr zahlreich sind, sind im Augenblick positive Angaben nicht erhältlich. Ebenso sind positive Zahlen über die Pensions- und Wartegeldempfänger in den Ländern und Gemeinden im Augenblick nicht erhältlich. Nach einer Zusammenstellung von Müller (im „Freien Wort“ 1930, Heft 33) sind für Pensionen und Wartegelder insgesamt in Deutschland mit etwa 1,9 Milliarden Mark zu rechnen.

Die große Mehrzahl der hiernach auf etwa 750 000 zu berechnenden Zahl der Empfänger kann von den Pensionen



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Richard Strauß in Dresden
Eingetretten: 18. Oktober 1880
Jetzt Invalide



Kaspar Fent in München
Eingetretten: 18. Oktober 1880
Buchdruckerlehrling in München



zu gut leben, ohne daneben noch beruflich tätig sein zu müssen und andern, die nur auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegzunehmen. Wir verlangen deshalb, daß diese Hunderttausende Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen, wozu sie sich von selbst entschließen werden, wenn ihnen der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Überzeugung, daß auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden kann, noch die Finanzen des Reiches saniert werden können. Nur die weitere Verbitterung und Verelendung der Arbeitslosen kann die Folge dieser Maßnahmen sein. Wir müssen darum fordern, daß an Stelle dieser unterförmigen Reform die ordentliche Gesetzgebung tritt und daß der Reichstag eine grundsätzliche Revision der zum Teil sozial-willig ungedachten Bestimmungen der Notverordnung im Sinne unserer Forderungen vornimmt.

Eines der dringendsten Probleme ist die Neuordnung der Versorgung der immer zahlreicher werdenden langfristigen Erwerbslosen, die keine Ansprüche mehr an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Krisenunterstützung wird ihrer Aufgabe heute nur noch in geringem Umfang gerecht. Neben 472 000 Krisenunterstützten zählen die Gemeinden zur Zeit etwa 550 000 unterförmige Wohlfahrts-erwerbslose. Ohne beträchtliche Ausdehnung der Krisenunterstützung muß sich das Verhältnis immer mehr zugunsten der Gemeinden verschleben. Dieser Befund ist jedoch die Gemeinden auf die Dauer nicht gewachsen. Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihr Unvermögen erklärt, während in andern Gemeinden nur ganz geringfügige Unterstühtungen (Familienwäter erhalten 4 bis 6 M. wöchentlich) gewährt werden.

Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministeriums steht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muß bei der großen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Wöllig unmöglich sind aber die vorgeschlagenen tabularen Kürzungen der Leistungen. Es sollen die Unterstühtungssätze um mehrere Wohngruppen herabgesetzt werden und außerdem soll eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, die selbst bei einer Armenfürsorge als drakonisch empfunden werden müßte. Jedes Lohnentkommen in der Familie wird bis auf einen Betrag von 15 M. wöchentlich auf die Unterstühtung voll angerechnet. So würde z. B. künftig, wenn in einem gemeinsamen Haushalt, in dem außer den Eltern ein erwachsener Sohn und fünf unversorgte Kinder leben, der arbeitslose Vater nur noch 1,45 M. Unterstühtung wöchentlich erhalten, wenn der erwachsene Sohn ein Lohnentkommen von 35 M. wöchentlich hätte.

Außerdem wird die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 30 auf 32 Wochen herabgesetzt. Arbeitslose, die infolge nur vorübergehender Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben, und die bisher Krisenunterstützung erhalten konnten, wenn sie in den letzten 52 Wochen 13 Wochen gearbeitet hatten, sollen nun wöllig aus der Krisenunterstützung ausscheiden. Die Belastung der ohnehin zusammenbrechenden Gemeinden wird dadurch in Zukunft noch erheblich größer sein.

Deshalb muß die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind, gefordert werden. Ferner die Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichs-

etat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

Zu dieser Zeit schwerster Wirtschaftskrise wird die Belastung, die dem deutschen Volk aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir haben immer wieder betont, daß die Voraussetzung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Absatz unserer Industrieprodukte offenstehen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Youngplans darauf hingewiesen, daß der Youngplan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem früher geltenden Dawesplan zweifellos eine Entlastung bedeutet, eine Entlastung, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 Proz. geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht sichtbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachsens dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuhalten.

Zu dem Vorhergesagten kommt noch ein andres. Seit einiger Zeit machen Finanzplatzverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz, die sich seit einiger Zeit bemerkbar macht, anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr bezahlen müßten, als nach dem Youngplan vorgesehen ist. Denn um die nötigen Devisen zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigerwaren ausführen als bisher. Eine derartige Mehrzahlung ist aber unmöglich; da erstens die Weltkaufkraft in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Absatzmöglichkeiten sich verringern, und zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr abzusperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unfres Exportes erfolgen muß. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, denen letzten Endes die Reparationszahlungen aufhören, haben sich neuerdings durch gewaltige Zollmauern gegen die Einfuhr ausländischer Waren abgeschloffen.

Sehen wir uns die Ziffern der Außenhandelsstatistiken für die letzten Monate an. Gegenüber dem Vorjahr ist der Export an Fertigwaren um über 10 Proz. gesunken. Wir stehen also vor der Frage: Wie können die Reparationsverpflichtungen in der nächsten Zeit überhaupt begahst werden, und wie können sie begahst werden, ohne daß die Arbeiterschaft durch Schmälerung oder gar Abbau der sozialen Erzeugnisse besonders belastet wird? Die Revision des Youngplanes ist also eines der brennendsten weltpolitischen Probleme geworden. Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrecht für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Erzeugnisse der Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

In der eingehenden Aussprache, die sich an das Referat von Leppart angeschlossen, wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß der Ausgang der Wahlen vom 14. September die Aktionskraft der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsfeld in keiner Weise geschwächt habe. Sie haben daher einen Grund, zu ihrer Kraft ein geringeres Vertrauen zu haben als vorher. Nicht dieses Wahlergebnis, sondern die schwere Wirtschaftskrise, die schon seit über einem Jahr auf Deutschland lastet, erschwert es ihnen, dem Unternehmertum und der unter seinem Einfluß stehenden Regierung mit dem äußersten Nachdruck entgegenzutreten.

Der Gemeindevorteil an den Steuereinkommen ist im Verhältnis zu den Anteilen von Reich und Ländern gesunken. An Hand von Beispielen werden gezeigt, wie ungünstig sich durch die starke finanzielle Belastung der Gemeinden die Befindlichkeit der Kreditbeschaffung auf ihre Finanzgebarung auswirkt. Es wurde daher entschieden

die Möglichkeit einer großzügigen Kreditbeschaffung für die Gemeinden gefordert.

Ohne Zweifel sei es auch notwendig, die Frage der übermäßig hohen Gehälter aufzugreifen und für eine Höchstgrenze der Pension von 12 000 M. einzutreten. Wenn die Gehaltskürzung schon nicht vermieden werden könne, so müsse nach Möglichkeit ihre progressive Staffelung erreicht und vor allem eine Erhöhung der Freizügigkeit von 1500 auf 2000 M. durchgeführt werden.

Das Programm des Reichsarbeitsministeriums zur Wohnungswirtschaft wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es bedeutet eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und ist für die Bauarbeiter doppelt belastend. Es sei kaum anzunehmen, daß die Steuerentlastung, für deren Durchführung die Reichsregierung die 400 Millionen aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer verwenden will, sich praktisch in einer Steigerung der Unternehmerinitiative auswirke. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit wächst, wenn dieses Programm durchgeführt wird. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln können in den kommenden Jahren bis 1933 vielleicht 600 000 Wohnungen gebaut werden, denen ein Bedarf von etwa 1 1/2 Millionen Wohnungen bis zum Ablauf der Hauszinssteuer gegenübersteht. Es könne keine Rede davon sein, daß der freie Wohnungsmarkt mehr als höchstens 25 000 Wohnungen jährlich finanzieren könne. Das Wohnungsbauprogramm dürfe nicht beschnitten, seine Durchführung nicht behindert, es müsse vielmehr dafür gesorgt werden, den ausländischen Kapitalmarkt für den Wohnungsbau mit zu erschließen.

Von verschiedenen Rednern wurde gefordert, daß der Bundesausschuß sich mit aller Energie gegen den Abbau der Löhne, namentlich gegen den Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie, wende. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei dem Vorgehen der Metallindustrie nicht um eine Sache handle, die nur die Metallarbeiter angehe. Denn die Lohnkürzung der Metallarbeiter würde nur das Signal sein für eine Kampagne, die sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet. In einzelnen wurde darauf hingewiesen, daß die Lage der Metallindustrie, insbesondere im Vergleich ihrer Exportziffern mit denen der ausländischen Konkurrenz sowie mit der Lohnhöhe der ausländischen Arbeiter, den Abbau der deutschen Metallarbeiterlöhne in keiner Weise rechtfertigt; ganz abgesehen von den politischen und psychologischen Erwägungen, die für eine Verlängerung des Tarifvertrags bis zum Frühjahr sprachen. Nachdrücklich wurde betont, daß für die von Seiten des Metallarbeiterverbandes beigebrachten Argumente auch eine Reihe von Unternehmern der Berliner Metallindustrie Verständnis zeigten. Der Schiedspruch sei daher sachlich wie tattlich gleichgültig eine Fehlentscheidung.

Im Baugewerbe liegen Beweise dafür vor, daß ein Lohnabbau nicht zur Wirtschaftsförderung führt. In einigen Bezirken, wo vor Jahren Lohnsenkungen durchgeführt wurden, trat unmittelbar darauf größere Arbeitslosigkeit ein.

In der Debatte über die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde sowohl die arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieser Maßnahme gewürdigt wie auch die Notwendigkeit betont, die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im einzelnen an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen. Es wird von den Bedürfnissen des Betriebes abhängen, ob eine Verkürzung um täglich eine Stunde durchzuführen ist, oder ob die 40stündige Arbeitszeit auf fünf Arbeitstage wöchentlich zu konzentrieren ist. In Betrieben mit durchgehender Arbeit wird an die Schaffung sechsstündiger Arbeitszeiten zu denken sein, so daß in diesem Fall eine Gesamtarbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich in Frage käme. Für kontinuierliche Betriebe würde eine siebenmal sechsstündige Arbeitszeit, gleich 42 Stunden, möglich sein. Die Einzelheiten einer gesetzlichen Regelung festzulegen ist Aufgabe der parlamentarischen Verhandlungen. In der Debatte wurde auch auf den Abstand hingewiesen, daß noch heute selbst die 40stündige Arbeitszeit weitgehend durch Überstunden überschritten wird. Die Zulassung von Überarbeit durch die Aufsichtsbehörden wurde scharf kritisiert, ebenso die mangelnde Kontrolle.

Entschiedener Protest wurde gegen die Schwarzarbeit, unter der besonders die Berufsmuffler leiden, erhoben. Es wird von den Gewerkschaftsmitteln erwartet, daß sie sich überall dagegen wenden, daß in ihrem Hauptberuf vollbeschäftigte Arbeiter nebenher als Muffler tätig sind. Auch von anderen Berufsvertretern wurde eine eingehende Prüfung der Frage gefordert, inwieweit gesetzliche Maßnahmen durchführbar seien, um zu verhindern, daß unter Überschreitung der Normalarbeitszeit viele Arbeiter neben ihrer hauptberuflichen Beschäftigung noch in anderen Berufen tätig sind.

Nachdem bereits in der Öffentlichkeit, und zwar von hervorragender Seite, die Herabsetzung der Dauer der Arbeitslosenunterstützung als Mittel zur Sanierung der Reichsanfakt erörtert wurde, ist auch die Abwehr dieser Absichten ein Erfordernis der Stunde. Die Politik der Arbeiterbewegung muß so gefaßt sein, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht verletzt werde. In der gegenwärtigen Lage müssen die Gewerkschaften von der Fraktion des Reichstags erwarten, daß sie alles tut, was geeignet ist, die Rechte und Lebensinteressen der Arbeiterschaft vor dauernden Schäden zu bewahren — ohne Rücksicht auf momentane Stimmungen. Die wirtschaftliche Situation ist aufs äußerste zugespitzt, wie das Sinken des Absatzes im Innern und der Rückgang der Ausfuhr zeigen. Es ist eine Senkung der Rohstoffpreise zu verschmähen, der keine entsprechende Senkung der Fertigwaren, geschweige denn der Erzeugnisse des täglichen Bedarfs gegenübersteht. Die Hemmungen, die einer gesunden Gestaltung der Preise für alle Artikel des täglichen Konsums entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Es liegen Äußerungen aus Unternehmers-

kreisen vor, aus denen sich ergibt, daß die Unternehmer nicht die Absicht haben, gleichzeitig mit der von ihnen angestrebten Beseitigung der Bindungen auf dem Gebiete der Lohnregulierung auch die fesselhaften Preisbindungen zu lösen. Von der Regierung müssen daher Schritte zur Entlastung der Lebenshaltungskosten gefordert werden.

Um die ungeheuren Verpflichtungen an Kreditzinsen und Reparationslasten, die auf Deutschland ruhen, einzuhalten, müsse die deutsche Wirtschaft ihre Ausfuhr gewaltig steigern. Eine Steigerung der Ausfuhr in dem notwendigen Ausmaß ist aber völlig unmöglich.

Alle Verbandsvertreter hielten daher den Zeitpunkt für gekommen, diese Tatsache offen auszusprechen und die verantwortlichen Führer der Wirtschaft ebenso wie die Staatsmänner in den großen europäischen Staaten und Amerika mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß man endlich, fast anderthalb Jahrzehnte nach dem Kriege, die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft von den Fesseln befreien müsse, durch die man die Bewegungsfreiheit der einen wie der anderen gelähmt hat. Die wirtschaftliche Vernunft müsse endgiltig die politischen Vorurteile überwinden, die nicht zuletzt die epidemische Arbeitslosigkeit mit verschulden. Am Schluß der Aussprache nahm der Bundesausschuß einstimmig eine Entschließung zur Wirtschafts- und Finanzkrise an, deren Wortlaut wir als „Manifest der freien Gewerkschaften“ auf der ersten Seite abgedruckt haben.

In der Diskussion war auch die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht notwendig sei, Sonderunterstützungen namentlich für arbeitslose ausgebildete Gewerkschaftsmitglieder einzuführen. Auf Vorschlag von Leipart wurde beschlossen: für die Zeit bis zum 1. April 1931 werden alle früheren Beschäftigten, die Sonderunterstützungen ausstießen, aufgehoben. Den Verbänden steht es frei, nach eigenem Entschluß, je nach ihren besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten, außerordentliche Unterstützungen an Arbeitslose zu zahlen und Extrabeiträge dafür zu erheben.

Alsdann wurde eine Entschließung zu dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie zur Erörterung gestellt, die der Ausschuß einstimmig annahm. Die Entschließung lautet:

In dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzulegen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschlossenen Beurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeit dieses Schiedspruchs verlust wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau auszuweichen.

Am Schluß der Tagung sprach Leipart allen Teilnehmern den Dank des Vorstandes für ihre Mitarbeit aus. So oft die Kollegen Gelegenheit haben, zu den Arbeitern zu reden, werden sie der Überzeugung Ausdruck geben können, daß die Macht der Gewerkschaften unerzählbar ist, ebenso ihr Wille, die Machtmittel der Bewegung zum Nutzen der Arbeiterschaft einzusetzen. Engels hat gesagt, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung sich als eine Reihe von Niederlagen, unterbrochen von wenigen Siegen, darstelle. Trotz aller Nöte der Gegenwart muß die große aufsteigende Linie der deutschen Arbeiterbewegung allen, die zu ihr gehören, sichtbar bleiben, diese gewaltige Aufwärtsentwicklung von Jahrzehnten, die uns die Gewähr des Erfolges sein muß. Auf zu neuen Siegen!

Verkürzt die Arbeitszeit!

Die neue Kampfsparole der internationalen Gewerkschaftsbewegung lautet: Verkürzt die Arbeitszeit! Der Internationale Gewerkschaftsbund sowie die internationalen Verbände der einzelnen Berufe erhoben auf ihren Kongressen förmlich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach Verkürzung der Arbeitszeit stand im Dienste der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft. Freie Zeit, mehr Gesundheit, Beteiligung an den Gütern der Kultur und an der Arbeiterbewegung waren die Ziele, die man mit der Arbeitszeitverkürzung erreichen wollte. Die Arbeitsverrichtungen gestalten sich im maßvollsten Großbetrieb stets eintöniger, auch steigt die Arbeitsintensität, d. h. die Ausnutzung der Arbeitskraft bei den neuen Produktionsmethoden. Der Rhythmus der Produktion ist demgegenüber im Steigen, dieselbe Produktionsmenge kann heute in viel kürzerer Arbeitszeit erzeugt werden als zuvor. Auch diese Entwicklung drängt nicht nur zur Forderung der Erhöhung des Anteils der Arbeiter an dem gesteigerten Produktionsertrag, sondern auch zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Der neue Ruf nach Arbeitszeitverkürzung, der immer lauter vernommen wird, entspringt aber einer anderen Ursache. Die Tatsache der Weltarbeitslosigkeit und die qualvolle Erkenntnis, der sich kein ernsthafter Wirtschaftspolitiker verschließen kann, daß diese Arbeitslosigkeit unter keinen Umständen von kurzer Dauer sein kann und sie selbst im Falle der Beseitigung der Wirtschaftskrisen nicht verschwinden wird, drängen die Arbeitszeitfrage zwingend in den Vordergrund. Das moralische und materielle Elend der Arbeitslosen, der Ausfall an Massenkaufkraft, die durch die Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt und die Wirtschaftskrisen überall verschärft, die finanziellen Schwierigkeiten der Staaten, deren Einnahmen infolge der Arbeitslosigkeit stark sinken, deren Ausgaben jedoch aus demselben Grunde anwachsen, müssen zwingend den Gedanken nahebringen, die Arbeitslosen oder zumindest einen großen Teil des Arbeitslosenheeres durch die Verkürzung der Arbeitszeit in

Arbeit zu bringen. Deshalb ist die Arbeitszeitverkürzung am dringlichsten dort, wo die Arbeitslosigkeit am größten ist und wo sie am meisten einen dauernden Charakter zeigt. Es sind dies vor allem die drei großen Industrieländer: Deutschland, die Vereinigten Staaten und England. Am dringlichsten ist das Problem aus nahegelegenen Gründen in Deutschland. Es wäre unverständlich, wenn die deutsche Arbeiterschaft für die Verwirklichung der Arbeitszeitverkürzung nicht ihre ganze Kraft einsetzen würde. Die sozialdemokratische Partei hat bereits ihre Absicht angekündigt, ihre vollen Kräfte für die Arbeitszeitverkürzung einzusetzen.

Man muß sich freilich auf den größten Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung gefaßt machen. Der Unternehmer denkt privatwirtschaftlich und nicht volkswirtschaftlich. Er kalkuliert nur die eigenen Produktionskosten, während volkswirtschaftlich vor allem die Abfaherweiterung, die bei der Aufsaugung des Arbeitslosenheeres in Erscheinung treten würde, von Bedeutung ist. Diese Abfaherweiterung käme zwar der Gesamtheit der Unternehmer zugute, dagegen könnten einzelne Unternehmer daran weniger beteiligt sein. Jedoch sind es nicht nur privatwirtschaftliche Interessen des kapitalistischen Unternehmers, sondern ebenso auch Gedankenlosigkeit und Klammern an alten Vorstellungen, die den Gegnern der Arbeitszeitverkürzung den Widerstand erleichtern.

Die Unternehmer und die völlig unter ihrem Einfluß stehende Brüning-Regierung möchten die Arbeitslosigkeit mit dem alten Rezept überwinden: Senkung der Löhne, womöglich bei verlängerter Arbeitszeit, der dann Senkung der Preise folgt (allerdings in geringerem Umfang als der Lohnsenkung entspricht), dadurch erhöhte Rentabilität der Unternehmungen und Steigerung der Kapitalbildung, sollen zur Belebung der daniederliegenden Produktion und zur Einstellung von brachliegenden Arbeitskräften führen. Es soll dahingestellt bleiben, ob dieses Rezept zur Überwindung der Krise jemals taugte. Sicher ist es, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen untauglich ist, selbst dann, wenn auf die Lohnsenkung das Sinken der Preise folgen würde. Man weiß aber, daß diese Preisentwertung unter der Herrschaft des Monopolkapitals, der Hochschuldschölle und der überhöhten Handelsaufschläge nicht zu erwarten ist.

Die entscheidenden Tatsachen für unsere Frage sind die infolge der Rationalisierung außerordentlich rasch erfolgte Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktion, vor allem in den Produktionsmittelindustrien, und damit in Verbindung die Freisetzung von Arbeitskräften in gewaltigen Umfang. Das Tempo dieser Entwicklung war derart rasch, die Rationalisierung erfolgte und erfolgt auch heute noch in einem solchen Umfang, daß selbst große Preisentwertungen und selbst beschleunigte Kapitalbildung die Unterbringung der großen Schaar der freigesetzten Arbeitskräfte nicht ermöglichen könnten. Der Tempounterschied zwischen Freisetzung von Arbeitskräften auf der einen Seite, Preisentwertung und Kapitalbildung, die neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen sollen, auf der anderen Seite, wäre auch dann allzu groß, wenn die Monopolkraft eine umfangreiche Preisentwertung, die kapitalistische Finanzwirtschaft die Kapitalbildung der öffentlichen Hand nicht verhindern. Daher Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung. Die Weltkrisis in der Agrarwirtschaft und auf den Rohstoffmärkten, die Schwierigkeiten der Kapitalzufuhr, die Kapitalflucht und andere Störungen, die sich aus der politischen Unsicherheit ergeben, haben die Arbeitslosigkeit außerordentlich verschärft. Ihre Wurzel liegt aber in der geschüberten Entwicklung, die ein Mißverhältnis zwischen Produktionsanlagen und Absatzmöglichkeiten entstehen ließ. Je größer aber die Arbeitslosigkeit, um so größer die Absatzminderungen. Ein Entinnen durch erhöhte Ausfuhr gibt es nicht, da die Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte infolge der Wirtschaftskrisis ebenfalls stark gelitten hat und das Ausland die Einfuhr mit allen Mitteln zu unterbinden sucht.

Die Arbeitszeitverkürzung könnte nun dazu führen, daß ein großer Teil der heute Erwerbslosen wieder eingestellt wird, allerdings nur dann, wenn das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung nicht geringfügig ist. Eine Arbeitszeitverkürzung um nur wenige Wochenstunden, etwa von 48 auf 44 Stunden, könnte den unerwünschten Erfolg der weiteren Intensivierung der Arbeit ohne Neueinstellung von Erwerbslosen zur Folge haben. Wird für die in Fortfall gekommenen Arbeitsstunden der volle Lohnausgleich gesichert, so steigt die in der Volkswirtschaft zur Auszahlung gelangende Gesamtlohnsumme. Das Mißverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und Massenkaufkraft könnte ebenso behoben werden wie im Falle einer Lohnsteigerung. Die Konsumkraft der gesamten Arbeiterschaft steigt und damit die Beschäftigung der Konsummittelindustrien, die dann die Produktionsmittelindustrien mit neuen Aufträgen versorgen könnten. (Weitere könnten heute allein auf dem Umweg der Konsummittelindustrien ihre Produktion ausdehnen.) Die Produktionskosten der Unternehmer würden zunächst steigen, der erweiterte Absatz würde jedoch diese Mehrkosten mehr als ausgleichen. Auch könnte ihre steuerliche Belastung bei Verringerung der Arbeitslosigkeit erleichtert werden. Die durchschnittliche Rentabilität der Unternehmungen könnte durch die Abfaherweiterung trotz erhöhter Lohnkosten steigen, wenn auch manche Grenzunternehmungen zum Erliegen kommen müßten.

Man wollen wir uns nicht der Täuschung hingeben, daß die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland in kürzester Zeit in dieser Form verwirklicht werden kann. Vielmehr ist in einem späteren Zeitpunkt, wie die Kluft zwischen Produktion und Absatz noch viel tiefer ins Auge springen wird. Es kommt aber darauf an, sofortige Hilfe zu schaffen, zumal man sonst nun verhängnisvollen Mittel der Lohnsenkungen greifen wird, das auch von der Regierung Brüning-Steinwald als geeignetes Mittel für die Bekämpfung der Welt-

schafstriebe angesehen wird. Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse, vor allem des Vorhandenseins einer Vertrauenskrise, die zur Produktionseinschränkung über das vom geschäftlichen Mißverhältnis bedingte Maß hinaus und zur Kapitalflucht führte, wird man zur Arbeitsvermehrung auf diesem einfachen Wege nicht kommen können. Der Widerstand der Unternehmer muß überwunden werden, was — neben politischer und gewerkschaftlicher Machtaufaltung, die freilich unbedingt erforderlich ist — uns nur so möglich erscheint, wenn ihnen das Opfer, das sie zunächst zu bringen haben, erleichtert wird. Vor allem denken wir dabei an die Zuwendung der Ersparnisse an Unterstützungsgeldern an solche Unternehmer, die die Erwerbslosen einstellen. Bereits wurden in der Presse solche Anregungen gemacht, wir verweisen auf den Plan des Unternehmers Gütermann, der in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht wurde und dort eine lebhafteste Diskussion auslöste. Solche Pläne müssen sorgfältig überlegt sein, die Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieb, zwischen Produktionsweisen mit hohem und niedrigem Lohnanteil sind zu berücksichtigen. Im Augenblick aber ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe, die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß zur Zeit die wichtigste Forderung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Verkürzung der Arbeitszeit ist, zu zeigen, daß die Arbeiterkraft bereit ist, dafür manche Opfer zu bringen, aber auch bereit, wenn ihr dieser Ausweg verweigert wird, alle ihre Kampfmittel für dieses Ziel einzusetzen. U. S.

Mehr Kollegialität, Solidarität, Aktivität

Enster und schwerer denn je ist die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. Viel ist hierüber schon geschrieben und diskutiert worden. Was aber haben wir als freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter in solch einer ersten Situation zu beachten, und was kann der einzelne tun, um mitzuhelfen, diese kritische Zeit zu überwinden? Sollen wir tatloslos beiseite stehen und nur die von uns gewählten Führer diesen so schweren Kampf gegen die von allen Seiten gegen uns anstämpfende Reaktion führen lassen, oder was ist unsre Pflicht? Kollegialität und Solidarität, zwei Worte, welche seit Gründung unsres Verbandes auf unserm Banner stehen. Wie sieht es heute damit aus? Gibt es nicht eine immerhin noch ganz stattliche Zahl von Kollegen, welche glauben, damit, daß sie ihren Verbandsbeitrag bezahlt haben, ihre Pflicht als Freigewerkschaftler genüge getan zu haben? Sind es denn nicht immer dieselben, und oft nicht die Jüngsten, die man in den Versammlungen sieht? Und gibt es zuguterletzt nicht auch Kollegen, welche sich in sogenannten „gehobenen“ Stellen befinden und die dem Verband nur noch als „Unterstützungskasse“ betrautet und sich sonst den Teufel um unsre Forderungen und Ziele kümmern? Der Ausfall der Wahlen am 14. September, die Berührungspunkte des neuen „Kollaborations“-Programms der Brüning-Regierung müßte für jeden Verbandsangehörigen ein, sich mit dem politischen und dem Verbandsleben etwas mehr zu befassen.

Seid kollegial im Betrieb! Helft euren Kollegen, die infolge einer mangelhaften Ausbildung in ihrer Lehre, an der sie doch zumeist schuldlos sind, den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht gerecht werden können. Nur ein guter Arbeiter kann auch ein guter Gewerkschaftler sein. Diese Kollegen im Stich lassen, hieße nur, sie dem großen Arbeitslosenheer zuzuführen. Helft auch den Lehrlingen! In einer Zeit, in der wir mit Stolz auf ein zehnjähriges Bestehen der Lehrlingsabteilung im Verband zurückblicken können, dürfte kein Kollege den Lehrling noch als Menschen dritter Klasse ansehen, der oft nur als Blickobjekt für die anderen da ist. Rühmert euch um seine Ausbildung, weist ihn nicht ab, wenn er euch um etwas fragt, überläßt ihn nicht nur denjenigen, die vom Chef aus dazu berufen werden, seine Ausbildung (manchmal auch Ausbeutung) zu überwachen.

Abt Solidarität! Nun, wer verdient dies wohl mehr als unsre erwerbslosen Kollegen? Glaubst nicht, eure Pflicht damit getan zu haben, indem er den vom Verbandsvorstand erhobenen Extrabeitrag ohne Murren zahlt. Damit euch am letzten Endes noch niemand Arbeit. Schlagt euch um eure eigene Brust, ob ihr alle und zu jeder Zeit tariflich arbeitet. Denkt nicht, daß, wenn ihr einige Mark über das Minimum bezahlt bekommt, ihr dann mehr als das Doppelte leisten müßt. Leidet stehen gerade in dieser Beziehung noch so manche Kollegen auf einem falschen Standpunkt. Meines Erachtens bekommt ja doch nur der eine über tarifliche Bezahlung, der imstande ist, auch qualifiziertere Arbeiten auszuführen. Unser Tarif stellt doch - so genaue Normen über die Leistungen jeder Berufsgruppe auf, daß sich je der danach richten kann.

Befolgt den § 8 unsres Tariffs, macht Überstunden nur, wenn der Betriebsrat deren Unvermeidbarkeit nach den tariflichen Bestimmungen anerkannt hat. Es geht in dieser Zeit nicht an, daß jeder glaubt Überstunden zu machen, wenn es ihm paßt. Und gerade unsre erwerbslosen Kollegen beklagen sich mit Recht bitter darüber, daß es immer und immer wieder Kollegen gibt, die sich zu Überstunden mißbrauchen lassen. Glaube doch niemand, daß ihn das Los der Erwerbslosigkeit nicht treffen könne. Wie schnell und unverhofft kann es dir einmal passieren, daß du draußen liegst, und wie bitter wird es dich antreffen, wenn du erträgst, daß es Kollegen gibt, die Überstunden machen, während du mit deiner Familie darfst.

Mehr Aktivität! Im Versammlungsleben sowie im Betrieb, in der Gewerkschaft wie in der Partei. Die besten Führer nützen uns gar nichts, wenn wir nicht diejenigen sind, an denen sie einen Rückhalt haben. Nörgelt nicht an den Tagen, die einer Versammlung folgen, daß wieder einmal dieses so oder jenes hätte so gemacht werden müssen.

Geht hinein in die Versammlung und bringt dort eure Klagen vor. Helft mit an dem Auf- und Ausbau unsrer Gewerkschaftsbewegung! Laßt euch im Betrieb nicht zu Taten verleiten, die antariflich sind, oder die unsen Bestrebungen zuwiderlaufen. Denkt immer daran, daß uns die „beste Nummer“ bei der Geschäftsleitung nichts nützt, wenn wir einmal alt und nicht mehr voll leistungsfähig sind. Unterstützt das Vorgehen eurer Betriebsvertretung, denn auch nur eine solche Vertretung wird dann etwas für ihre Kollegen tun können, wenn diese aktiv sind und das Vorgehen des von ihnen gewählten Betriebsrats unterstützen. Also nochmals: Mehr Kollegialität, mehr Solidarität, mehr Aktivität.

Sen a. S a w e.

Und nun — — —

Die Verschiebung der Fronten nach der letzten Reichstagswahl gibt einer bestimmten bürgerlichen Presse Grund „Sieg“ zu schreien; es ist als hätte die Deutschnationale Volkspartei die Mandate der Nazi erobert. Erst gegen-seitiger Kampf, dann Versöhnung, und mit vereintener Kraft geht es nun gegen den — Arbeiter! Müssen einzelne Teile der beiden Parteien nicht in allen Dingen einig sein, in einem treffen sich ihre Wünsche bestimmt auf einer Linie: Zerstümmung und Ausschaltung der freien Gewerkschaften und der SPD. Ausschaltung dieser aus dem angestrebten Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft und Politik. Die Zeit der allgemeinen Aufregung hat uns das bekannte Wahlergebnis gebracht. Die Verbitterung der Massen über die heutige Not der Zeit richtet sich nicht gegen den Urheber des Übels, den Kapitalismus, sondern gegen den Staat von heute, gegen das „System“, welches so schwer von rechts bekämpft wird, und den man dafür verantwortlich macht, was das kapitalistische System mit seiner heutigen Wirtschaftsordnung verbrochen hat. Und trotz Krieg, Inflation und — Fürstenabfindung hat die Mehrheit des schaffenden Volkes immer noch nicht erkannt, wo der wirklich Schuldige zu suchen ist. Vielleicht wird dem „aufgeklärten Arbeiterwähler“, wenn er erst gehörig unter Druck gesetzt ist, klar werden, daß er sich in dieser „Arbeiterpartei“ zu seinem Schaden geirrt hat. Es ist überhaupt unverständlich, wie Teile der arbeitenden Klasse sich mit ihrem Protest-Stimmzettel in jene Richtung verirren konnten. Es braucht keiner großen Aufklärung. Wenn man sich nur mit einigen von den heutigen großen und vielen Gegenständen beschäftigt: Direktorengehälter — Arbeiterlohn, Fürstenabfindung — Arbeitslosenunterstützung, Notprogramm — Arbeiterkraft, so ist der Unverstand auf Arbeiterseite unerklärlich.

Im Volksempfinden um den Youngplan (Freiheitsgesetz), der von dem Dreißig Hugenberg, Selbste und Hittler ausging, wurden sechs Millionen Stimmen für den „natürlichen Reichsausgleich“ abgegeben. Bei der Reichstagswahl hat allein die Stimmzahl der Nationalsozialisten sechs Millionen erheblich überschritten. Dazu muß man noch die Parteien und Gruppen rechnen, die damals zum Volksentscheid standen, und man kommt zu dem Ergebnis, daß, wenn sich diese Gruppen heute wieder zusammenfinden könnten, sie eventuell ihr damaliges Programm verwirklichen könnten.

Seute noch wird man sich natürlich hüten, die Erzeugnisse der Arbeiter mit einer Handbewegung wegwischen zu wollen. Ein Gewaltstreik würde an der Front von Partei und Gewerkschaft zusammenbrechen. Wie aber will der Arbeiter sich wehren gegen Verschlechterungen, die auf gefälligem Wege gegen ihn losgelassen werden? Wir sehen doch täglich schon unter der Brüning-Regierung: für alle wird gefordert auf Kosten der Arbeiter, für diese selbst bleibt nichts übrig. Ist es nach dem Kriege, auch in Zeiten guter und besserer Wirtschaftslage, überhaupt schon anders gewesen? Konnte die Arbeiterpartei (SPD), wenn sie in der Regierung war, nicht immer nur unter größten Anstrengungen gegen die Bürgerlichen das erreichen, was sie uns gab. Und dies, eben unter dem Druck von rechts, auch nur unvollkommen. Und jetzt: endlich haben gerade diese Parteien ihr Herz „entdeckt“ und versprechen, den Arbeiter aus dem Dreck zu ziehen.

Heute macht sich bezahlt, daß die Führer im Umkreis nicht alles dran gesetzt haben, die politische Macht zu erobern, diese Macht zu erhalten und die durch sie geleitete Herrschaft als Kraft im Gesellschaftsbildungsprozess zu verwenden. Was damals, vielleicht aus Gutwilligkeit, versäumt wurde, ist sehr schwer wieder einzuholen.

So wie im großen, so ist es auch im kleinen. Sehen wir uns mal unsre Verbandspolitik an. Sie wurde wohl stets fordernd verlangend geleitet; aber durchsicht war auch sie mit einer zu großen Humanität. Erinnern wir uns an die Inflation: die Wirtschaft konnte keine Besserstellung der Arbeiterkraft vertragen. Dann kam nach der Stabilisierung die gute Konjunktur, und es ging uns nicht besser, obwohl damals noch etwas zu erreichen gewesen wäre. Zurückhaltung wurde gelbt, wo Vergeltung für die Behandlung aus der Vorzeit am Plage. Und heute: wir stehen den Dank der Unternehmer für diese zurückhaltende Politik ein in Gestalt von verschäuter Lohnföhrung, Vollausnutzung der Lehrlingskapital usw. und sehen durch Rationalisierung eine Arbeitslosigkeit, wie wir sie früher nie gekannt.

Trotzdem aber können wir unsrer Führung immer noch volles Vertrauen entgegenbringen. Denn auch sie hatte gegen zu großen Widerstand zu kämpfen. Hier wie im Parlament. Und gerade in dieser Zeit, in der eine starke Reichspartei in den neuen Volkstag zieht, die sich die Zerschlagung der Gewerkschaften als Ziel genommen hat, ist es doppelte Pflicht jedes Kollegen, zu den Führern

zu stehen und sie im Notfalle zu schützen. Kritisiert, aber bleibt sachlich, seid unzugreifbar, aber einig, einzig in dem Ziel, daß jeder es fertig bringen möge, seine ganze Energie und seinen ganzen Enthusiasmus in den Sturm gegen die Gewerkschaften zu werfen, damit er mit seiner Klasse zum Ziel gelangt, wenn er auch als Toter am Wege liegen bleiben sollte! Ernst Haase (Wehlgard).

Korrespondenzen

Braunschweig. (Korrespondenten.) Zu der Versammlung unsres Vereins am 28. September begrüßte zunächst der Vorsitzende den Kollegen Schrader (Hannover) und berichtete nach Erledigung des geschäftlichen Teiles über seine Teilnahme an der Jubiläumsfeier der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes, insbesondere über einen dort gehaltenen Vortrag, der für die Kleingewerkschaft Stimmung zu machen verlust habe. An diese Mitteilung schloß sich eine lebhafteste Aussprache, in der von allen Rednern gegen die Kleingewerkschaft die verschiedensten Gründe ins Feld geführt wurden und die die einstimmige Annahme folgender Entschließung ergab: „Die fast vollständig anwesenden Braunschweiger Korrespondenten lehnen es ab, die ganz besonders vom Bildungsverband ausgehenden Bestrebungen auf Einführung der Kleingewerkschaft zu unterstützen. Bis zu dem Zeitpunkt, wo vor amtlicher Stelle in dieser Beziehung etwas unternommen wird, sind sie vielmehr der vom Kollegen Grams auf dem Frankfurter Korrespondententag vertretenen Ansicht, daß wir auf der Hut sein müssen, um weiteren Wirrwarr in der Kleingewerkschaft zu verhüten.“ (Bravo! Schriftl.) Dann sprach Kollege Schrader über „Aussterbende Wörter in Niedersachsen“. Die aufmerksamsten Zuhörer dankten ihm am Schluß seines interessanten Vortrages durch lebhaften Beifall. Nach Beantwortung einiger Anfragen fand die anregend verlaufene und gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Bremen. Eine gut besuchte Bezirksversammlung in der der frühere Bezirksvorsitzende Kollege Fette (Duisburg), der sich auch heute noch bei der Bremer Kollegenhaft allgemein beliebt erfreut, anwesend war, wurde am 25. September im Vereinshaus abgehalten. Bezirksvorsitzender Gokert gab eingangs der Versammlung einen kurzen Rückblick über den Ausgang des geführten Wahlkampfes, der zu denken gibt. Wenn auch die marxistischen Parteien einen Stimmzuwachs zu verzeichnen haben, so macht sich der Rückschlag in der Politik für uns schmerzlich bemerkbar. Wir wissen heute noch nicht, was die Zukunft bringen wird; aber gesagt werden muß, daß an dem festen Bollwerk der Arbeiterkraft, den Gewerkschaften, nicht gerüttelt werden darf. Nur durch die Einigkeit der Gewerkschaften werden vorgesehene Verschlechterungen wirkungsvoll abzuwehren sein. Dieses Fundament zu erhalten, bedarf der Mitarbeit aller Kollegen. Der Vorsitzende appellierte dann an alle in Arbeit stehende Kollegen, den vom Verbandsvorstand neu festgesetzten Extrabeitrag zur Unterstützung unsrer in Not geratenen Kollegen als unbedingte Pflicht anzusehen und dieses Opfer zu bringen. Dann begrüßte er den Kollegen Fette auf das tollkühnste an der Stelle seiner früheren Wirksamkeit. Dieser dankte für die herzlichen Begrüßungsworte und ging zu seinem Referat: „Gewerkschaftliche Zeitfragen“, über. Am Schluß seiner sehr interessanten Darlegungen forderte Kollege Fette die Anwesenden auf, wachsam zu sein, damit nicht über Nacht die weiße Diktatur, vielleicht auf Umwegen, ihren Einzug hält. Starter Beifall folgte dem Referat. Da eine Aussprache nicht beliebt wurde, sprach Vorsitzender Gokert dem Referenten den Dank für das vorzügliche Referat aus. Zum Punkt „Winterveranstaltungen“ sah die Versammlung einmütig von der Veranstaltung einer Weihnachtsfeier in diesem Jahre ab. Der hierfür sonst voraus-gesetzte Betrag soll den Arbeitslosen zukommen. Unter „Verschiedenem“ erregte Kollege D o m e r s, das Vereinshaus an den Sonntagen besser zu besuchen, wo Kollegialität und Selbstbesserungs-kennens-lerien gepflegt werden. Weiter machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß in diesem Winter durch die staatliche Fürsorge und andere Körperperschaften mit Hilfe der Gewerkschaften eine Speisung der alleinlebenden ledigen Arbeitslosen eingeführt wird, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Die hiesigen Sparten haben sich wieder zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um durch kulturelle und wissenschaftliche Vorträge die Bildung aller Kollegen zu fördern. Da der Abzug der Lebigensteuer und die Erhöhung des Krankengeldes vielfach nicht gefahrlos erfolgte, wurde der Vorstand beauftragt, hierüber Klarheit zu schaffen.

Schweizer. Zur Feier des 25-jährigen Bestehens unsres Ortsvereins am 27. September waren die Vertreter der umliegenden Bezirke- und Ortsvereine eine Anzahl Kollegen, die früher hier konditionierten, und viele andere Gäste herbeigeleitet, um gemeinschaftlich mit den hiesigen Kollegen das bedeutungsvolle Ereignis zu feiern und alte Erinnerungen auszutauschen. Und, um es vorwegzunehmen, alle, die da kamen, verlebten freudvolle Stunden, die die Gemüter aufheiterten und die Sorgen des Alltags verdrängten, die aber auch das kollegiale Band enger gelingen haben, wie es Vorsitzender Br i n g m a n n in seiner Begrüßungsansprache erwünschte. Fruchtbare gewerkschaftliche Saat streute Kollege D ö s h n e r (Köln) als Vertreter des Gauverbandes in seiner Festrede in die Herzen der Kollegen, besonders der jüngeren Generation. Er gab ein scharf umrissenes Bild unsres Verbandes und seiner Aufgaben und schloßerte die Entscheidung und Weiterentwicklung unsres Ortsvereins, dem er auch die Glückwünsche des Verbands und Gauverbandes übermittelte. Bezirksvorsteher R i c k e n (Magen) gratulierte namens des Bezirksverbandes und des Ortsvereins Magen und überreichte eine Gutenbergsbüchse und wertvolles Material aus dem Schatz der Wählergilde zur Auffrischung unsrer Bibliothek. Die Ortsvereine Düren und Stolberg und der Ortsausflug des DWSV bekräftigten dem jubelnden Verein ihre Sympathie durch schöne Blumenpenden. Der Ortsverein Süßig sandte ein Glückwunschkarteogramm. Vier Mitlieder, die Kollegen Br i n g m a n n, Bulch, Ditz und Stolz, die an der Wiege unsres Ortsvereins gestanden haben, wurden vom Kollegen B o e l s zur 25-jährigen Verbandsmitgliedschaft beglückwünscht und mit Diplomen bedacht. Kollege A e y e, der

auch zu den Gründern zählt und 30 Jahre dem Verband angehört, erhielt ein nükliches Geschenk. Namens der Jubilare dankte Kollege **Beringmann** und versprach, weiterhin der Organisation die Treue zu halten. Umrahmt war die Feier von musikalischen und gesanglichen Darbietungen eines Musikstrios und unseres zum ersten Male auftretenden Buchdrucker-Doppelquartetts, das zu den besten Hoffnungen berechtigt. Den übrigen unterhaltenden Teil bestreiten Kollege **Ernst** (Nachen) mit gediegenen ernsten und heiteren Resitationen und Kollege **Perrey** (Nachen) mit humoristischen Vorträgen in Nachener Mundart. Es folgte Vortrag auf Vortrag, bejubelt und lebhaft applaudiert von allen, bis endlich das Programm erschöpft war und das Tanzbein in Aktion treten konnte. Zuvor dankte der Vorsitzende allen für ihre freundliche Mitwirkung, besonders aber den Nachener Kollegen, die unsrer Jubiläum verschönerten.

Freiburg i. B. Die diesjährige **Herbstbezirksversammlung** der Schwarzwalddrucker **Wonnborn**, Donauemünghen, Furtwangen und Neustadt wurde am 5. Oktober in Wonnborn abgehalten. Den ungünstigen Verhältnisse Rechnung tragend, war der Beginn auf nachmittags 1 Uhr festgelegt. Fast vollständig waren die Kollegen erschienen, um sich wieder einmal im Kreise Gleichgesinnter auszupprechen. Nur Furtwangen machte davon eine unrichtliche Ausnahme. Die vom Vorsitzenden **Schaefer** zur Kenntnis gebrachten Mitteilungen fanden aufmerksame Beachtung. Die Erhöhung des Ertragsbeitrags für die Kostenträgerschaft wurde als notwendig und berechtigt anerkannt. Ein kurzer Tätigkeitsbericht informierte über die Lohnabbauversuche verschiedener Wirtschaftszweige am Vorort. Mit größtem Interesse und ungeteilter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dann den Ausführungen unres Gavorstehers **Sandfort**, der das Thema „Arbeitslosigkeit und deren Behebung“ behandelte. Unterflicht durch Zahlenmaterial zeigte er, in welcher erschreckender Weise sich die Zahl derjenigen mehren, die durch eine unvernünftige Rationalisierung aus der gefestigten Stützlinie herausgeworfen und dem Elend preisgegeben werden. Er wies darauf hin, wie das Unternehmertum jedes Risiko von sich abwärt, um allein Nutznießer des technischen Fortschritts zu sein. Es lehnt die von den Gewerkschaften zur Behebung der Arbeitslosigkeit geforderten Maßnahmen, wie Kürzung der Arbeitszeit usw., rundweg ab und glaubt durch Lohnabbau die Wirtschaft wieder ankurbeln zu können. Das jede Droßelung der Kaufkraft den Umsatz weiter vermindert, wissen die Unternehmer wohl, bequemen sich aber trotzdem nicht zu dem unbedingt notwendigen und auch durchführbaren Preisabbau. Schon die kolossale Spanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreisen beweist diese Möglichkeit. Eigentümlich berührt es auch, daß die sehr reichlich bemessenen Gehälter der leitenden Angestellten, Direktoren usw. ohne weiteres als berechtigt anerkannt werden, während man dem Arbeiter das Wenige immer mehr schmälert. Sehr eingehend befaßte sich der Redner auch mit der Broschüre Dr. Englers vom Landesarbeitsamt Frankfurt a. M., der durch ein landwirtschaftliches Siedlungswesen neue Erwerbsmöglichkeiten schaffen will. Die angekindigten Maßnahmen der Reichsregierung unterzog er einer objektiven Kritik und machte darauf aufmerksam, daß damit dem Lohnabbau die Wege gebahnt werden. Nur eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung könne das Schlimmste abwenden und dafür sorgen, daß die nun einmal notwendigen Opfer nicht von der Arbeiterschaft allein getragen werden müssen. In sachlicher Diskussion wurden sodann die Ansichten über die beherrschenden Probleme ausgetauscht und Möglichkeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit erörtert. Ein kurzes Schlußwort des Referenten bildete den Abschluß. Mögen die durch den Vortrag gewonnenen Eindrücke jeden Kollegen zum Nachdenken über die Zeitereignisse anregen und zu größerer Aktivität anspornen.

Glogau. (Vierteljahrsbericht.) Die erste Versammlung im dritten Vierteljahr stand unter Leitung einer alten bewährten Kraft, des neuen Vorsitzenden unres Ortsvereins, Kollegen **Karl Haaker**, der in einer vorher abgehaltenen außerordentlichen Versammlung gewählt wurde. In der Jubiläumsversammlung, die eine Pflichtaufmerksamkeit war, wurde der Kassenbericht vom zweiten Vierteljahr durch den Kassierer gegeben. Daraus war zu entnehmen, daß u. a. unsere Ortsliste einen hübschen Bestand aufweist. Dem Kassierer wurde für Ordnung und Mäßigkeit Entlastung erteilt. Auch die Verbringungsliste sowie die Keilunterstützungsliste fanden sich in bester Beschaffenheit. Einstimmig genehmigt wurde die Beschlußfassung über die Geschäftsabführung. Zum Schluß der Versammlung, die sehr gut besucht war, gaben die anwesenden Betriebsratsmitglieder Situationsberichte aus ihrem Arbeitsbereich. — Die Augustversammlung fiel aus und nach dieser Ruhepause ging es desto lebhafter in der Septemberversammlung zu. Vorsitzender **Saad** e machte Mitteilung davon, daß die nächste (Oktober-)Versammlung der Ergründung der 25., 40. und 50er Verbandsjubilare dienen soll. In Betracht kamen die Kollegen aus den Jahren 1926 bis 1930. Zum „Gewerkschaften“ übergehend, wurde die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest vorgelegt. Unter „Tatistischem“ wurde zu leidigen Verbringungsfragen und Klagen sowie Mißständen in einigen kleinen Druckerzeilen Stellung genommen. Zur Kenntnis genommen wurde die Beitragsersparnis auf 27. September. Es schloß sich daran eine lebhafteste Debatte, die mit der Annahme einer Entscheidung endete. Der darin zum Ausdruck kommenden Forderung ist aus eigenem Ermessen bereits Rechnung getragen worden.

Wülth. (Maschinenseher.) Unrer Bezirksversammlung am 28. September brachte nach Erledigung der Tagesordnung ein Lichtbildervortrag über die Elektro-Funditor-Schmalfachschneidung. In einigen vorhergehenden Versammlungen führten wir Vorträge über Allgemeines der Elektrotechnik und die elektrischen Beheizungsarten der Schmalfachschneidung. Durch das außerordentliche Entgegenkommen der Elektro-Funditor-Kaufmannschaft **Walshut** i. A. lernten wir diesmal die Elektro-Funditor-Beheizung in ihrer Wirkungsweise genau kennen. Der Vertreter der Firma, Herr **Valer**, erwies sich als vorzüglicher Fachkenner. Er gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick der elektrischen Beheizungen und schilderte die gewaltigen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, bevor eine derartig zuverlässig wirkende und transparente Beheizung wie die „Elektro-Funditor“ entstand. Die Aus-

führungen des Vortragenden wurden durch sehr anschauliche Lichtbilder ergänzt. Der Vortrag löste die höchste Befriedigung der gut besuchten Versammlung aus, besonders aber auch der Kollegen, die schon längere Zeit mit der „Elektro-Funditor“ störungslos arbeiten. Für das Entgegenkommen der Firma auch an dieser Stelle unser Dank ausgedrückt, ebenfalls für die hochherzige Zuwendung an die arbeitslosen Kollegen.

Hamburg. (Händeseher.) Unrer Arbeit nach den Ferien leiteten wir in der **Berzamm lung** am 17. September ein mit einem Vortrag über Hauptmanns „Weber“. Vortragender war Herr **Schulz** **Jeld**, der in prägender Weise verstand, sich eine dankbare Zuhörerschaft zu sichern. Leider war auch dieses Mal wieder, wie so oft, wenn ernste Vorträge oder ähnliches auf der Tagesordnung stehen, die Kollegen nicht so vertreten, wie es der Vortrag verdient hätte. Kollege **Cohn** dankte dem Vortragenden für seine zweifelhafte tiefstehenden Ausführungen im Namen der Anwesenden. Dann verwies er noch auf die nächsten Veranstaltungen. Besonders machte er auf unser am 8. November stattfindendes viertes Stiftungsfest aufmerksam. Die zweite Veranstaltung: Besichtigung des Gefängnis-Museums am 2. Oktober, war ein voller Erfolg für unsere Vereinigung. Eine stattliche Anzahl Kollegen nahm daran teil. Herr Direktor **Ebeling** hielt einen einleitenden kurzen Vortrag über die Bedeutung des Museums. Dann führten Herr Direktor **Ebeling** und Herr **Stelling** die Anwesenden durch das sehr schön eingerichtete Museum. Nach dreißtündiger Führung verließen die Erschienenen hochbefriedigt die Anstalt. Kollege **Cohn** sprach diesen beiden Herren im Namen der Erschienenen dessen Dank aus. Ein kleines gemütliches Beisammensein beschloß diesen zur Zufriedenheit aller wohl gelungenen Abend.

Hamburg. (Maschinenseher.) In unrer **Berzamm lung** vom 28. September gedachte der Vorsitzende **Matho** zunächst des Abblebens zweier Kollegen, die lange Jahre im Interesse des Verbandes und der Sparte gewirkt haben. Die Versammlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Nach Erledigung einiger Eingänge und interner Angelegenheiten ging Kollege **Matho** auf die letzten Kundschreiben der Zentralkommission ein. Eine Aussprache schloß sich den Ausführungen an. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht über das zweite Quartal. Ihm wurde Entlastung erteilt. Unter dem nächsten Punkt wurde dem Vorstand Vollmacht erteilt, wieder ein Stiftungsfest zu arrangieren. Die Generalversammlung soll wieder am gleichen Tage vor dem Fest abgehalten werden. Sodann referierte Kollege **Wetzer** über „Neuerungen an der Linotype“. Die Wergenthaler Schmalzschneidfabrik hatte anerkennenswerterweise für diesen Vortrag zahlreiche Teile und Photos zur Verfügung gestellt, wofür ihr auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei. Kollege **Petersen** verstand es, die Neuerungen anschaulich zu demonstrieren und erntete guten Beifall. Die Aussprache ergab, daß das Anbringen der Vorrichtung zum Auffangen eines Sprühes jedem Unternehmerr zur Pflicht gemacht werden muß.

Hannover. In unrer **Berzamm lung** am 28. September hielt nach Erledigung lokaler Vorkommnisse Kollege **Herlihus** (Osnabrück) einen Vortrag über „Zeitströmungen... Zeiterscheinungen“. Der Referent gab ein Bild der in jüngster Zeit, herorgezogenen Strömungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, wie sie auch in den Reichstagswahlen ihren Niederschlag gefunden haben. Die Not in den weitesten Bevölkerungsschichten sei größer als je zuvor, und die Kurve der Arbeitslosigkeit zeige eine aufsteigende Tendenz. Zu den Ursachen dieser Zeiterscheinungen übergehend, betonte der Referent, daß diese Massenarbeitslosigkeit, abgesehen von wenigen Ländern, überall in Erscheinung trete, also eine Weltwirtschaftskrise sei. Es gelte für die Gewerkschaften, den Opfern dieser Krise beizustehen, aber dringen notwendig sei es vor allem, das Vertrauen in den selbstgewählten Führern zu behalten und zu stärken, denn diese seien dazu berufen, um die Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit, in der die Reaktion zum Schlage gegen die Ergründungschaften der Arbeiterschaft bereit ist, zu vertreten und zu beraten. Dann könne es auch nicht mehr vorkommen, daß die Berunglimpfungen der Führer, wie sie infolge der Verbeugungen von rechts und links aus durchsichtigen Gründen in unerhörter Weise erfolgen, einen Kontrast bei der Arbeiterschaft finden. In der Aussprache verjagte ein Kollege der SPD, wenn auch in vorsichtiger Form, alles Ergründene als Rückschritt hinzustellen und selbstverständlich in die Schuhe zu schieben. Er forderte zur Einigkeit auf. Diese „Einigkeit“ aber müßte sich ohne die bisherigen Führer vollziehen (vielleicht sollen auch wir uns mit dem Mostauer befehlten Führern absünden! D. Schrift). Diefem Kollegen wurde vom Gavorsteherr **P. Dingelken** sowie auch vom Referenten mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die hannoversche Kollegenchaft auf solche destruktiven Tendenzen nicht hereinfallen und daß für die Zerpfütterungsarbeit auf Mostauer Befehl ein Boden in der hannoverschen Kollegenchaft nicht gegeben sei. Daran wurde die Warnung geknüpft, daß wir eventuell gewungen seien, derartige Schädlinge in unsern Reihen schärfen als bisher anzufangen.

Kottbus. Unrer für den 28. September nach Finsterwalde einberufene Wanderversammlung war sehr gut besucht. Der Tagung voraus ging eine Besichtigung der bedeutendsten Bauten von Finsterwalde unter der bewährten Führung des Herrn Stadtbaurats **Dassler**, der es meisterhaft verstand, nicht nur mit trockenen Worten, sondern auch mit Humor den Teilnehmern klar zu machen, unter welchen Schwierigkeiten bei der Finanznot der Stadt es überhaupt möglich war, die für eine Stadt wie Finsterwalde anerkennenswerten Bauwerke zu Ende zu führen. Der Kinderchor der weltlichen Schule brachte zur Eröffnung der Tagung einige Wiederkänge zum Vortrag. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden **Gurt** an die Teilnehmer sowie auswärtigen Vertreter wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Das Abendessen zwei vorredender Kollegen ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Nach den Berichten des Vorsitzenden, des Kassierers und des Verbringungsleiters entspann sich eine längere Debatte, an der sich auch der Gavorsteherr **Reinke** (Stettin) beteiligte. In Anbetracht der politischen schwierigen Lage kam die Leitung des Bezirks dahin überein, den Kollegen ein Referat zu bieten über das aktuelle Thema: „Was haben die Gewerkschaften und die Partei für Lehren aus dem Ausgang des 14. September zu

ziehen?“. Der weit über die Grenzen von Kottbus hinaus bekannte Schriftleiter **Wegner** hatte es übernommen, über dieses Thema zu referieren. Er verstand es in seiner über eigenen glänzenden Form, in mehr als einfündigen Ausführungen den Kollegen all die Gefahren aufzuzeigen, die am politischen Horizont aufziehen, wenn es nicht gelingt, Einigkeit und Geschlossenheit zu wahren. Der überaus reiche Beifall am Schluß des Referats brachte zum Ausdruck, daß die Teilnehmer den Ernst der Zeit erkannt haben. Ein Antrag des Ortsvereins **Sotau**, der besagt, nur einen Bezirkstag im Jahre abzuhalten, wurde abgelehnt. Den Mitgliedschaften wird auch in diesem Jahre pro Mitglied und Jahr 1 M. zurückvergütet. — Am Abend vorher tagten die Vertrauensleute im selben Lokal, wo es galt, zu einigen Fragen grundsätzlicher Stellung zu nehmen und wo auch eine Menge Verwaltungsarbeit erledigt wurde. Im Gegenfatz zu früheren Tagungen stand diese Versammlung ganz im Zeichen der Zeit, so daß wohl anzunehmen ist, daß ihr Verlauf jeden Teilnehmer befriedigt hat.

Leipzig. (Richtigstellung.) Zu dem Bericht über die **Berzamm lung** der Leipziger Schriftgießer am 10. September (veröffentlicht in Nr. 80 des „Korr.“) eruchte uns die Firma **Geizh & Henje**, Schriftgießerei AG. in Hamburg, um folgende Berichtigung: „Der Vorsitzende der Zentralkommission, Herr **C. Schoder**, hat bei seinen Ausführungen über die wirtschaftliche Lage im Schriftgießergewerbe behauptet, daß unsere Firma in Hamburg zur Stilllegung gekommen sei. Diese Angabe beruht auf einem Irrtum, und bitten wir Sie, auf Grund des Pressegesetzes dieses freunlichst berichtigen und der Tatsache entsprechend mitteilen zu wollen, daß der Betrieb unrer Schriftgießerei mit Nebenabteilungen durchaus nicht stillgelegt ist, wenn auch, der schlechten Konjunktur entsprechend, Einschränkungen im Personalbestand vorgenommen werden mußten.“

München. (Vierteljahrsbericht.) Im dritten Vierteljahr wurden wegen der Ferienzeit nur zwei Versammlungen abgehalten. Die Versammlung am 4. Juli ehrte das Andenken fünf verstorbenen Kollegen und nahm von 20 Übertritten aus der Lehrkingsabteilung Kenntnis. Dann referierte Vorsitzender **Söldner** über „Gewerkschaftliche Forderungen“ und berichtete dabei hauptsächlich über die Sitzungen des **ADGB-Ortsauschusses** im letzten Jahr. Wie nötig es noch für manche Gewerkschaften ist, daß das Schlichtungswesen besteht, ergibt sich daraus, daß in einem Jahre in Bayern vom Landesrichter 44 amtliche und 47 nichtamtliche Fälle erledigt wurden. In der Aussprache wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, die an den Ortsauschuß des **ADGB** weitergeleitet werden. Die außerordentliche Generalversammlung am 28. September mußte wieder von dem Abbleben von sechs Kollegen Kenntnis nehmen, deren Gedenken in der üblichen Weise gebrü wurde. Unter diesen Verstorbenen war auch Kollege **Julius Hanke**, dessen Verdienste um die Organisation der Vorsitzenden besonders hervorzuho. Nach vollzogener Aufnahme von zwölf Kollegen hielt der zweite Vorsitzende des **ADGB-Ortsauschusses**, **Anton Kriß**, einen eingehenden Vortrag über die durch die Notverordnungen veranlaßten Abänderungen u. d. „Kantverweigerung“, bei der Arbeitslosenunterstützung und über die neuen Steuern. An zahlreichen Beispielen zeigte der Vortragende, wie tiefesinnig, ungerecht und untragbar die durch die reaktionäre Brüning-Regierung „notverordneten“ Änderungen in der Sozialversicherung sind. Die Arbeiterschaft müßte der Opfer gedenken, die zur Schaffung der bisherigen Sozialversicherung notwendig waren, und müssen sich in dem Bewußtsein, daß noch viel zu verlieren sei, zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die reaktionären Verordnungen. In der Aussprache glaubte ein Redner alle diese Verschlechterungen mit der Proklamierung des Generalstreiks und der Einführung des 7-Stunden-Tages aus der Welt schaffen zu können, während ein weiterer Redner und der Referent selbst betonten, daß mit diesen Mostauer Rezepten diese Fragen wohl nicht so ohne weiteres gelöst werden könnten, denn man käme ja, wenn es nach der kommunistischen Parole ginge, aus dem Generalstreik nicht mehr heraus. Viel wichtiger wäre die Geschlossenheit der Arbeiterpartei, was aber allerdings nicht in die Mostauer Richtung passe. Einkünftliche Annahme fand ein Antrag des Ortsvereinsvorsitzandes, die durch Beschluß der Versammlung am 23. Januar bisher auf die Ortsliste übernommene Beitragsersparnis von 10 Pf. für die Verbandskasse bei Beginn des vierten Vierteljahrs von den Mitgliedern zu erheben, so daß für München nun eine Gesamterhebung von 30 Pf. hauptsächlich in Frage kommt. Die durch die große Arbeitslosigkeit an die Ortsliste gestellten Anforderungen machten diesen Beschluß notwendig, weil die Ausgaben die Einnahmen bedeutend übersteigen und an den noch bestehenden Zuschüssen nicht abgebaut werden soll. — Außer diesen beiden Versammlungen fand am 1. August eine Betriebsrats- und Vertrauensmännerversammlung statt, in der Kollege **Döhling** in einem Vortrag die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftspragen und Tarifbewegungen schilderte; am 22. August war eine Gesamtmittgliederversammlung der vier graphischen Organisationen, in der der Spitzenkandidat der SPD, für den Wahlkreis Oberbayern **Schwaben**, Dr. **Goegner**, über „Die Bedeutung der Reichstagswahlen“ sprach.

Mürnberg. (Schriftgießer, Stereotypenre und Galvanoplasten.) Am 21. September fand unrer zweite Wanderversammlung, verbunden mit 30jähriger Gründungsfest, in Ansbach statt. Vorsitzender **Lewig** g ließ die erschienenen Kollegen und Gäste willkommen. Für die Ansbacher Kollegen erwiderte Kollege **Krieg** die Grüße und gab seiner Freude Ausdruck, daß Ansbach als Tagungsort gewählt worden war. Er wünschte der Versammlung guten Erfolg und Verkauf. Sodann schilderte Kollege **Lewig**, zurückgreifend auf die Gründung der Papierstereotypie, die technische Entwicklung in unserm Beruf, die zum Zusammenschluß der Kollegen und zur Gründung der Sparten führte. Er gab sodann einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Nürnberger Vereinigung seit ihrem Bestehen. Die Taten der Vereinigung wurden in der üblichen Weise durch die Versammlung geehrt. Den Kollegen **Franz Knoop**, **Fritz Frey**, **Hans Ziegenfalk** und **M. Seiger**, die über 25 Jahre der Sparte angehören, sowie allen Kollegen, die tatkräftig mitgearbeitet haben, für ihre Tätigkeit dankend, schloß Kollege **Lewig** seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen

gen. Nach kurzer Pause hielt Kollege Brandenberger (München), Vorsitzender unserer Gaudereinigung, ein Referat: „Warum Gaudereinigung?“ Ausgehend von dem ärmlichen Stand der Sparten innerhalb des Verbandes bis zur Anerkennung ihrer Tätigkeit, ermahnte er die Kollegen, das Erreichte festzuhalten und weiter auszubauen, für die Durchführung unserer Sonderbestimmungen einzutreten und auch fernerhin nutzbringende Arbeit im Rahmen unserer Mutterorganisation, des Verbandes, zu leisten. Lebhafter Beifall dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Nach Erhebung des Kollegen Georg Wöhl, der 25 Jahre der Sparte angehört, gab Kollege Lewing noch verschiedene Mitteilungen bekannt. — Nach gemeinsamem Mittagessen erfolgte dann eine Besichtigung der Stadt unter Führung der Ansbacher Kollegen. Am Nachmittag verabschiedeten sich die Teilnehmer zum gemütlichen Teil mit den Ansbacher Kollegen im „Brandenburger Hof“. Die „Typographia“ Ansbach sowie Soloborträge der Kollegen Brandenberger (München), Kugler (Ansbach) und Frau Ziegler (Ansbach) sorgten für die nötige Stimmung. Der darauffolgende Tanz hielt die Kollegen bis zur Abfahrt der Züge beisammen. Unsere Ansbacher Kollegen haben dafür gesorgt, daß Ansbach allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleibt, ihnen allen sei an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Stargard. Unsere Bezirksversammlung am 21. September war gut besucht. U. a. waren der Gauvorsitzer Reinte (Stettin) als Referent erschienen, gleichfalls der stellvertretende Gauvorsitzer G. Wöller, der Kreisleiter des Bildungsverbandes, Kollege Gehrt (Stettin), Kollege Stichert (Stettin) vom Hilfsarbeiterverband und Bezirksvorsitzender Schröder (Neudamm). Der Stettiner Kollegenverein, der das Nützliche mit dem Zweckdienlichen verband, eröffnete die Versammlung mit zwei wirkungsvollen Chören. Nach dem geschäftlichen Teil und der Feststellung der Anwesenenden aus den einzelnen Druckorten gab der Vorstand seinen Tätigkeitsbericht. Selbstverständlich hat man seitens des Vorstandes nichts unversucht gelassen, auf organisatorischem Gebiet den weitverzweigten Bezirk bestmöglich zu erfüllen. Und dennoch ist es schwer möglich, der hartkämpfenden Grenzmarkt den nötigen Beistand zu gewähren. Vorsitzender Reinte erinnerte nochmals an die gut verkaufte Bezirkslehrlingsstange in Dt.-Krone. 25jährige Verbandsveteranen konnten auch diesmal wieder genannt und geehrt werden. Die Zahl der Arbeitslosen hat auch in unserem Bezirk prozentual stark zugenommen; jedoch sind sonst die tariflichen Verhältnisse zufriedenstellend. Das betrafte auch die meisten Betriebe aus den Druckorten. Das Verbandsleben in einzelnen Ortsvereinen läuft allerdings zu wünschen übrig. Besser ist ein hartes, ernst machendes Wort in öffentlicher Versammlung als hochtrabende Zeremonienfeste an verkehrter Stelle. Verschiedene Anträge waren eingebracht worden, die alle ausgedehnte Debatten nach sich zogen. Der Ortsverein Stargard schlug eine Teilung des Bezirks vor, und zwar in einen Bezirk Stargard und Grenzmarkt. Der jetzige Bezirk läge geographisch derart ungünstig, daß es nicht mehr möglich sei, ihn ohne Unterlassung zu bewirtschaften. Für und wider wogten Meinungen, bis es doch einigen Diskussionsergebnissen gelang, die Unmöglichkeit dieses Vorhabens überzeugend genug darzustellen. Am Ende der Sitzung dieses Antrags herbeizuführen. Ebenso erging es dem zweiten Antrag Stargard: „Die Entschädigungen der Teilnehmer des Bezirkstages dürfen unter keinen Umständen der jeweiligen Klassenbeziehung übersteigen.“ Und auch der Antrag des Bezirksvorstandes, den Beitrag von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, wurde von der oppositionsfeudalen Mehrheit niedergestimmt. Unter dieser Auslichtung der Ortsvereine Schneidemühl seinen Antrag auf Mehrbewilligung von Agitationsmitteln seitens des Bezirks für die Grenzmarkt jurid. Die außerordentlich bewegte Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt stand im Zeichen der niederdrückenden Wirtschaftslage, die dann auch so manches harte Wort auslöste. Jedoch wagte niemand, das sei christl. betont, an dem heiligen Gedanken der Solidarität zu rütteln. — Der nächste Bezirkstag findet erst 1932 in Arnswalde statt. Für den verchiedenen Kollegen Fiedler (Berlin) erhielt Kollege Wöller das Wort zu einem kurzen Redebeitrag für die Handwerksvereinigung. Er betonte besonders die Notwendigkeit dieser Sparte innerhalb ihres Verbandes. Gauvorsitzender Reinte sprach, in Anbetracht der vordringenden Zeit, nur noch in großen Zügen über die „Neuzielsetzung der Sparte“. Beide Vorträge wurden mit dankbarem Beifall von der Versammlung aufgenommen. Kreisleiter Gehrt vom Bildungsverband erregte mit einer geschmackvollen Druckausstellung das Interesse der Anwesenden. — Nach der gemeinsamen Mittagstafel gab der Stettiner Kollegenverein „Typographia“ ein öffentliches Volksliederkonzert im Saal des „Schützenhauses“. Guter Besuch, ausgezeichnete Stimmung gaben der Tagung den gewohnten guten Abschluß.

Stettin. Am 24. September tagte hier eine Vertretungswahlversammlung. Die Not der Arbeitssuchenden gab Anlaß, eventuellen Überflüssen in den Betrieben nachzugehen. Zu diesem Zweck wurden Postkarten mit Borzudr. ausgegeben. Diese sind wöchentlich ausgefüllt dem Vorstand einzusenden. Die Lage der am Ort ausgetretenen Mitglieder gab zu erster Aussprache Anlaß und die Anwesenden waren der Ansicht, daß die in Arbeit stehenden Kollegen sich weitere Opfer auferlegen müssen. Die Kreisleiter versahnte nahezu die Mistfasse, auch hier muß ein Ausweg gesucht werden. Was den üblichen Großereinerhebungen ist nicht zu helfen. Angeregt wurde, daß auch die Angestellten etwas Greifbares für die Arbeitslosen tun. (Geschicht bereits! Schriftl.)

Allgemeine Rundschau

Warnung vor Zugzug nach Holland! Wie uns vom Hauptverband des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes in Amsterdam mitgeteilt wurde, muß am 27. Oktober d. Z. in holländischen Buchdruckgewerbe mit dem Beginn eines allgemeinen Streiks gerechnet werden. Zugzug ist unbedingt fernzuhalten. Es wird ferner noch darauf hingewiesen, daß von holländischen Firmen vermutlich versucht werden wird, Druckaufträge im Auslande herstellen zu lassen. Auch in dieser Beziehung muß strengste Solidaritätspflicht gegenüber der holländischen Geschlossenheit betätigt werden!

Weiterprüfung. Vor der Handwerkskammer für Anhalt in Dessau befanden folgende Kollegen die Weiterprüfung mit dem Prädikat „Gut“: Kurt Knecht (Röthen), Karl Wya (Röthen), Edwin Heinicke (Dessau) und Paul Vidette (Roslan).

Polnische Presseverfolgungen. Die Druckerei des Warschauer Oppositionsblattes „ABC“ ist nunmehr vollständig geschlossen worden, nachdem vorher nur die Rotationsmaschinen verlegt worden waren. Die Verwallung der Druckerei hatte Verhandlungen mit dem Innenministerium und dem Handelsministerium gepflogen, die jedoch zu keinem Ergebnis geführt haben. Das Innenministerium hat sich vielmehr den Motiven des Warschauer Regierungskommissars angeschlossen, daß die Rotationsmaschinen einen zu großen Lärm verursachen und außerdem eine Treppe nicht fest genug wäre. Der Verlag hat mit Neubauten begonnen, spricht aber die Verwallung aus, daß doch wieder andere Schließungsgründe gesucht und gefunden werden. Das Blatt wird schon in der dritten Druckerei hergestellt. — Dagegen ist die Druckerei der „Polonia“ des Herz Kosiński in Katowitz wieder zum Betriebe freigegeben worden, nachdem eine größere Steuersumme hinterlegt wurde. Doch ist gleich die erste Ausgabe, die wieder in der eignen Druckerei hergestellt wurde, beschlagnahmt worden, nachdem vorher in den Verlagsräumen eine Hausdurchsuchung stattgefunden hatte. Es soll auch nach bestimmten Schriftstücken gesucht worden sein, um den Beweis zu führen, daß die Flugschriften über den verschwundenen General Zagorski in der „Polonia“ gedruckt wurden. Wie das Blatt mitteilt, ist dieses die 187. Beschlagnahme seit Gründung des Blattes nach dem Waukur von dreieinhalb Jahren. — In Lissa ist der Redakteur und Herausgeber des „Kurjer Powszechny“, Wigdalewicz, verhaftet worden. Einige Tage wurde auch sein Vertreter verhaftet. Wigdalewicz ist im Lissaer Gefängnis in den Hungerstreik getreten. Wie die polnische Presse mitteilt, soll er durch einen „Spezialisten“ die Nahrung mit Gewalt eingeführt bekommen.

Ausgehobene Pressefreiheit in Österreich. Zu den wichtigsten Plänen, die die jetzige Herrschaftsjahres österreichische Minderheits- und Majorität in ihrem Schoße gegen die Arbeiterschaft hegt, gehört auch die Anhebung der Pressefreiheit. Täglich werden jetzt Zeitungen konfisziert, täglich weiße Fledern in den Blättern — wie im Kriege, so ist es jetzt wieder. Freie Wöller dulden es auf die Dauer nicht, daß der Staat das freie Wort unterdrückt. Weiße Fledern in den Zeitungen findet man nur in Ländern, wo Despoten herrschen, wie etwa in Jugoslawien, Bulgarien, Polen. Auf dieses Niveau halbsais ist nun auch Österreich herabgedrückt worden. Richtete sich die Pressefreiheit nach der erfolgten Aufnahme von Faschisten in die Regierung hauptsächlich gegen die sozialistische Presse mit aller Schärfe, wurde man aber bald gewahr, daß sich der Machtzirkel der Faschisten nun auch gegen die unabhängige Presse des noch freiheitlich gebliebenen Bürgertums richtet, während sich die Regierung nahekehrende Presse natürlich ungehemmt und mit den niedrigsten Mitteln austoben kann, um sich so den bevorstehenden Machtsturz zu erleichtern. Dieser neue Kurs, just in der Nacht der freien Meinungsäußerung zu unterbinden, die Pressefreiheit „Männlichkeit“ zu verdrängen, hat sich auch das Zentralorgan der Sozialdemokraten, die „Wiener Arbeiterzeitung“. Aus dem gelieferten „Norman“ der gewöhnlichen Beschlagnahme dieses Blattes ging klar hervor, daß der abhängige Pressestaatsanwalt auf höheren Auftrag eines Vorgesetzten, — des faschistischen Ministers — die Feste Wöller hatte, das Parteigang am Erscheinen zu verhindern, es zu unterbinden. Zweifellos aber werden sich Mittel und Wege finden lassen, um diese frivole Absicht der Faschistenführer in der Regierung zu durchkreuzen. Eine Verarmung der Vertrauensmänner der Wiener Arbeiterschaft beschaffte sich mit dieser prosozialistischen Konfiskation ihres Organs und erhob klammernden Protest gegen die Vernichtung der Pressefreiheit durch die herrschaftsjahres Regierung und gegen den Versuch, zwei Drittel des Wiener Volkes durch Konfiskationen mundtot zu machen und die Freiheit des Wortes zu droheln, wie sie nur in der ärgsten Kriegszeit geduldet war. Die Versammlung gelobte ferner, diesen Anlaß unverzüglich zu einer großen Werbeaktion für ihr Organ zu machen und sich selbst — um dieses zu scharen, wie auch, daß sich die österreichische Arbeiterschaft keinesfalls zum Schloß ausgehenden Faschismus werde niederwerfen lassen. Der Spiritus rector des Feldzugs gegen die Presse ist der Innenminister Starzenberg, der öffentlich und mit Schadenfreude erklärte, „es werde sehr zuträglich sein, wenn der Pressestaatsanwalt unter untr. Führung gegen die Presse so weiter arbeite wie in den letzten Tagen“. Starzenberg ist mit seinen 11 Leuten der jüngste Minister Europas, besitzt von 13 Schloßern und über 8000 Hektar Bodens; ihn ist die Sicherheit des Staates anvertraut, Folter und Genidamerie ist ihm unterstellt. Anlässlich seiner Ernennung zum Minister begrüßte er seine gratulierenden Anhänger vom Balkon seines Palastes mit dem italienischen Faschistengruß, und in einer Ansprache auf einem großen öffentlichen Plage Wiens sagte er seinen Vasallen in bezug auf ein Mitglied der Wiener Landesregierung, des Finanzreferenten Breitner, des Schöpfers des neuen Wiens, dem zwei Drittel von Wien zuzubeln, wo er sich nur zeigt: „Die Nachschlacht ist im Zeichen Breitners zu führen; nur wenn der Kopf dieses Wlanten in den Sand tollt, wird der Sieg unser sein“. Dabei zeigte der Minister mit der Hand zu Boden, während die Zuhörer wütend Beifall klatschten. Minister Starzenberg beteiligte sich feinerzeit an den Bandenkämpfen in Schlessen, beim Hinterpuff in München, verreckte auf seinen Befehlungen vor dem Zugriff der Behörden den Landesverwalter Erhardt, er ist ein großgültiger Rassenführer, ist erster Bundesführer der faschistischen, bis auf die Zähne bewaffneten Soldtruppe, hat eine eigene, schwer bewaffnete Formation zu Pferde und zu Fuß, für die er kollektive Schießstände errichtete. Seinen Arbeitsklaven aber zahlt Starzenberg in Lohn nur die Hälfte des sonst geltenden Kollektivvertrags der Land- und Forstarbeiter. Ein solcher Mensch ist dann der Massenmummheit mitbestimmend an dem Geschehe eines Staates! Die österreichische Arbeiterschaft steht vor schweren Entscheidungen und möglicherweise auch Überassungen.

Abwehrkampf der Berliner Metallarbeiter. An der Urabstimmung der Berliner Metallarbeiter über den Eintritt in den Streik haben sich von 126 185 in den 276 Betrieben des Berliner Metallindustriellenverbandes Beschäftigten

(ausschließlich der Lehrlinge) 166 433 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Es wurden abgegeben für den Streik 90 599 Stimmen; für Annahme des Schiedspruchs 15 834 Stimmen. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses wurde vom Metallrat beschlossen, die Betriebe vom Mittwoch (16. Oktober) an zu beschließen. Damit ist ein Kampf entbrannt, der sich auf ungefähr 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erstreckt und dessen Ausgang für die gesamte Lohnabstimmung der Unternehmer richtunggebend sein wird. In seiner Sitzung am 13. Oktober hat dann auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zu der Frage Stellung genommen und in einer Entschließung seine Meinung zum Ausdruck gebracht. Der A.D.G.B. erblickt in dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie die Absicht, „die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzulegen. Mit dem Metallarbeiterverband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitsverträge dieses Schiedspruchs versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.“ Wie neuerdings berichtet wurde, hat der Metallindustriellenverband den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird den Reichsarbeitsminister auffordern, den Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären. Einer Verteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zufolge ist die Streikparole des Berliner Metallratels durchweg befolgt worden. In sämtlichen Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustriellen ruft die Arbeit. Bis jetzt sind 126 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter ist zugleich auch ein Kampf der gesamten deutschen Arbeiterschaft, denn sie stehen in der Abwehr des ersten großen Stoßes der Lohnabbauoffensive des deutschen Unternehmertums. Leider sind die Organisationsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie nicht die besten, was die Durchführung der Abwehraktion erschwert. Hinzu kommt noch, daß die Kommunisten bei diesem Kampf ihr Parteipropaganda zu losen versuchen. Wie dem aber auch sei, von der gesamten Arbeiterschaft muß alles gefordert werden, was möglich ist, um die Kampfparole zu ihren Gunsten ausfallen zu lassen.

Wegfall ausländischer Zeitungen in Rumänien. Auf Grund verschiedener Aufforderungen schawinschischer rumänischer Kreise hat die dem Finanzministerium in Bukarest unterstellte autonome Monopolbehörde verfügt, daß ab 1. Oktober 1930 in ganz Rumänien die Verkaufsstellen der staatlichen Monopolarartikel (Tabak, Postwertzeichen, Streichhölzer usw.) nicht mehr ausländische Zeitungen, sondern nur noch rumänische Zeitungen und Zeitschriften verkaufen dürfen.

Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde ein umfangreicher Antrag ausgearbeitet zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und zur Verhinderung der Verelendung breiter Volksmassen. In diesem Antrag wird ein Gesamtentwurf verlangt, der zum Zwecke der richtigen Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die 40tägige Arbeitswoche vorläufig unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Außerdem wird ein Gesamtentwurf verlangt, durch den die Einkünfte aus selbständiger Berufstätigkeit und aus Arbeitslohn auf die Pensionen und Wartegelder anzureichen sind. Ferner wird eine durchgreifende Preislenkung insbesondere bei den Grundstoffen der Industrie, der Lebensmittel und der anderen Gegenstände des Massenbedarfs gefordert. Die vollst. Einfuhr von Getreidefrucht soll wieder hergestellt werden. Schließlich enthält der Antrag Maßnahmen zur Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht.

Wirtschaftliche Vorgänge

Deutscher Drucker. (1. Deutscher Bund und Seidendrucker.) Konfirmierte Monatsblätter für die graphischen Künste und die Reproduktionen des 20. Jahrgangs, Heft 12. Weltwirtschaftliche Berlin SW 61, Dageberger Straße 40.

Gebrauchsartikel. Zeitschrift für künstlerische Metallarbeiten des Bundes Deutscher Gebrauchsgüter und des Reichsverbandes Deutscher Metallarbeiter. 7. Jahrgang, Heft 10. Verlagsanstalt D. H. Freytag. Eine ganz hervorragende Zeitschrift, die internationalen Sinn enthält und in der Schrift- und Metallkünstler in wirklich vorbildlicher Weise veranschaulicht wird. Wöhlitz Illustrationsdruck und Verlag, O. u. B. D., Berlin SW 61.

Gewerkschafts-Kreis. Monatsblätter für Theorie und Praxis der geschäftlichen Geschäftsabwicklung, herausgegeben von Karl Wöller. Verlag Gewerkschafts-Kreis, Jena. 7. Jahrgang, Band 12, Heft 10. Preis jedes Heftes 1,60 M.

Die Gewerbe. Halbmonatliche für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. 7. Jahrgang, Heft 10. Gewerbe, am 2. Oktober 1930, Berlin SW 61, Lindenstraße 3. Preis jedes Heftes monatlich 90 Pf.

Soziale Hauswirtschaft. Berlin; Verband sozialer Hauswirtschaftlicher Betriebe, Berlin, 10. Jahrgang, Heft 12, 1930, erscheint halbmonatlich, Vierteljährlich 3 M., Einzelheft 60 Pf.

Gestorben

In Arnswalde am 20. September der Maschinenfabrik Wilhelm G. o. u. B. D., 62 Jahre alt.

In Ansbach am 18. Oktober der Seber Oveva F. alle r aus Ansbach, 68 Jahre alt. — Waisenkind.

In Ansbach am 20. August der Seberwalde Karl Wöller aus Berlin, 70 Jahre alt. — Baderkrantheit; am 20. August der Seberwalde Karl Wöller aus Berlin, 69 Jahre alt. — Herzkrankheit; am 1. September der Seberwalde Karl Wöller aus Berlin, 68 Jahre alt. — Gallenblasenerkrankung; am gleichen Tage der Seber Alfred Wöller aus Berlin, 44 Jahre alt; am 1. September der Seberwalde Hugo Wöller aus Berlin, 68 Jahre alt. — Gallenblasenerkrankung; am 11. September der Seber Karl Wöller aus Berlin, 68 Jahre alt. — Verfall; am gleichen Tage der Seberwalde Karl Wöller aus Berlin, 68 Jahre alt. — Krebsleiden; am 13. September der Seberwalde Theodor Wöller aus Arnswalde, 65 Jahre alt. — unheilbar. — Gallenblasenerkrankung; am 14. September der Seber Waldo Wöller aus Arnswalde, 63 Jahre alt. — Gallenblasenerkrankung; am 16. September der Seberwalde Otto Wöller aus Arnswalde, 65 Jahre alt. — Gallenblasenerkrankung; am 20. September der Seber Otto Wöller aus Arnswalde, 66 Jahre alt. — Magenblutung.

In Arnswalde am 1. Oktober der Seberwalde Jakob Wöller aus Arnswalde, 68 Jahre alt. — Verfall.

In Breitenbrunn am 8. Oktober der Seberwalde Ernst Wöller aus Arnswalde, 67 Jahre alt. — Lungenerkrankung.

In Arnswalde am 8. Oktober der Seberwalde Otto Wöller, 37 Jahre alt; am 10. Oktober der Seber Waldo Wöller, 29 Jahre alt.

In Arnswalde am 20. September der Maschinenfabrik Wilhelm G. o. u. B. D., 67 Jahre alt. — Augenkrankheit; am 10. Oktober der Seberwalde Georg Wöller aus Arnswalde, 61 Jahre alt. — Gehirnkrankheit.

In Freiburg i. B. am 20. September der Seher Karl Göbeler, 70 Jahre alt; am 5. Oktober der Seher Karl Hoffmann, 69 Jahre alt.
 In Göttingen am 8. Oktober der Seherinwalde Friedrich Wiegand, 69 Jahre alt.
 In Hamburg am 9. Oktober der Seher Rudolf Pfeiffer aus Verleberg, 47 Jahre alt.
 In Heilbronn am 12. Oktober der Schweißarbeiten Friedrich Schmidt aus Schwabern, 43 Jahre alt.
 In Leipzig am 20. September der Seher Hermann Löwe aus Leipzig-Zentrum, 48 Jahre alt; am gleichen Tage der Galvanoplastiker Anton Kull aus Böhmischdorf, 49 Jahre alt; am 21. September der Seherinwalde Eugen Maunz aus Leipzig, 77 Jahre alt; am 22. September der Stereotypenmeister Otto Schmidt aus Leipzig-Volkmarndorf, 69 Jahre alt; am 2. Oktober der Buchdruckerbesitzer Bruno Hartwig, 60 Jahre alt.
 In Wiesbaden am 6. Oktober der Buchdrucker Heinrich Meyer, 54 Jahre alt.
 In Wetzlar am 1. Oktober der Buchdrucker Will Riehl, 47 Jahre alt.
 In Würzburg am 7. Oktober der Metallwalde Albert Feld aus Bockbrunn, 61 Jahre alt.
 In Wolfenbüttel am 6. Oktober der Seher Alfred Giese, 20 Jahre alt.
 In Wülfrath (Wavern) der Buchdruckerbesitzer Adam Schmitt.

Briefkasten

D. S. in D. St.: Wird aufgenommen. — A. B. in Dr.: Ihr Schreiben ist mit dem Inhalt in Nr. 40 ausgefallen. — A. D. in G.: Die Karte vom 25. September ergibt Mischleistung der im Briefe vom 12. Oktober angegebene Verbindung; der erste Teil der Karte hatte den Sachbearbeiter nicht erreicht. Es wird aber nun die im Briefe angegebene Mitteloberzahl von 517 zur Unterlage genommen. — F. D. in G.: in Dr.: 2. Aufl. und 3. Aufl. — A. S. in G.: 2. Aufl. 50, 3. Aufl. 50. — A. S. in G.: 2. Aufl. 50, 3. Aufl. 50. — A. S. in G.: 2. Aufl. 50, 3. Aufl. 50.

Was erfordert unsere Zeit?
 Weltbürgerliches Denken vor allem! Das literarische Programm der Süddeutschen Buchdruckerei enthält die besten Namen der Weltliteratur

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 1141 bis 1147. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 409, Berlin S 14, Poststraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (S. Schweinitz).
 Geldbildungen an den „Korr.“ auf Postfachkonto Berlin NW 19, 204 10 unter „Geldinstitute des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker“ Berlin SW 61.
Verbandshausbesuch
 Kollegen, die das Verbandshaus besichtigen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 113, 3. Etage, melden. Es findet nur eine tägliche Führung statt; Ausnahmen, ohne vorherige Vereinbarung, können nicht mehr gemacht werden.
Reise- und Arbeitslosenunterstützung
 Hauptverwaltung, Der im Süden Deutschlands reisende Kollege Will Kästner aus Waidenburg (Hausbuchnummer 10 212) wird um Ausgabe einer Adresse ersucht, unter der die Hauptverwaltung mit ihm korrespondieren kann. Wir erlauben die Funktionäre, den Kollegen auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Altenheim. Die Auszahlung an Durchreisende findet in der Zeit von 6 bis 11 Uhr abends beim Kassierer Fritz Pech, Karlstr. 11, statt.
Hilfsberg. Am 16. Oktober wird die Unterbringung an Durchreisende wie folgt geregelt: Ausgewählte und Mischgruppen berechnete erhalten 6 Mark und ein Nachtquartier; Neugruppen berechnete 4 Mark und ein Nachtquartier.

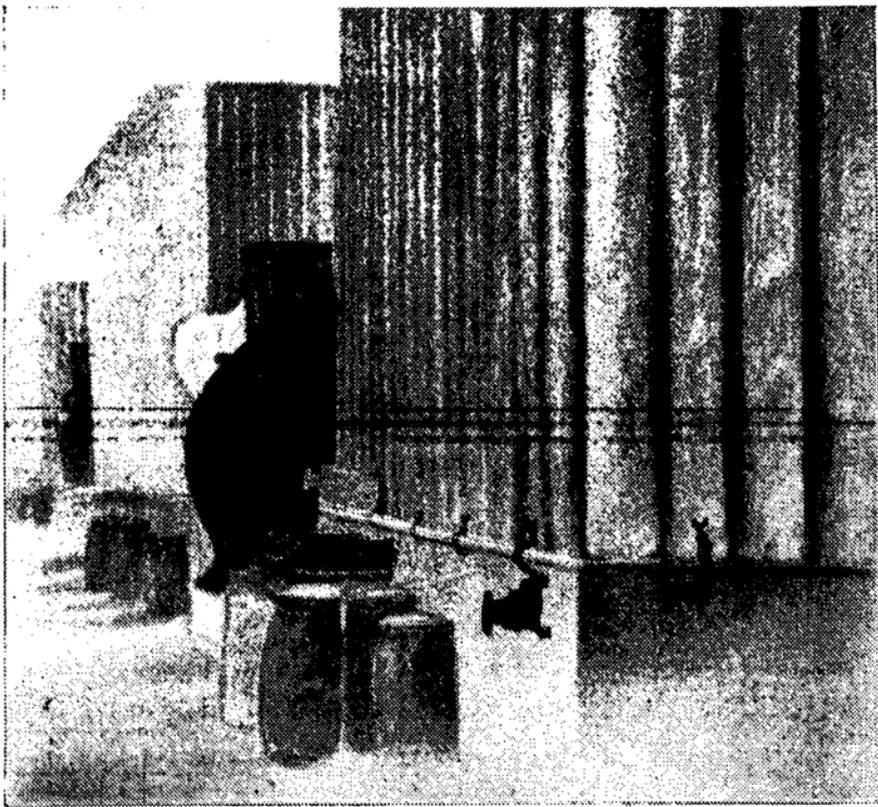
Verammlungskalender

Altenburg i. Thür. Bezirksversammlung in Dornheim, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“ in Altenburg.
 Bamberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im „Altenheim“ in Bamberg.
 Chemnitz. Bezirksversammlung am 19. Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im „Zentral-Sonnenstrasse“.
 Elberfeld. Bezirksversammlung in G. Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ an H. Harren, Wittensteiner Straße.
 Erfurt. Bezirksversammlung in Dornheim, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Johannisstraße.
 Halle a. S. Bezirksversammlung in G. Sonntag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im „Zentral-Sonnenstrasse“.
 Hamburg-Altona. Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal Georg Mehlendorf, Große Allee 55.
 Pirna. Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Volkshaus „Weißes Hühnchen“, Weißbühnenstraße.
 Waidenburg i. Säch. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, im „Goldenen Stern“, Gottesberger Straße.
 Weiden. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „Goldener Beyer“, Küsterey Straße 31.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgabe für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 26810



48400 KILO STAUB!

Monat für Monat wird diese Staubmenge von den Filterkammern unserer Entstaubungsanlagen aufgefangen. Nicht weniger als 36 Güterwagen müssen die Last im Laufe eines Jahres aus unseren Fabriken tragen. Diese gewaltigen Staubmengen, für die wir den vollen Tabakpreis bezahlen mussten, gehen allerdings der Produktion verloren; sie sind zu nichts anderem mehr zu gebrauchen als zur Schädlingsbekämpfung im Gartenbau. Wir glauben aber, daß sich die Kosten und Mühe einer gründlichen Tabakentstaubung lohnen; denn unser Verfahren hat den Vorteil, daß Haus Neuerburg-Zigaretten nicht bitter schmecken und daß sie außerordentlich bekömmlich sind.

HAUS NEUERBURG G.M.B.H.

OVERSTOLZ 5 PF.
 staubfrei
 schmeckt niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine Haus Neuerburg-Zigarette blasen - ehe sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

25 Minuten spielt der neue **STARKTON**
 Rate 1 Mark
 Ohne Anzahlung
 Preis 36,- 51,- 61,-
FELDHAMMER
 BERLIN S 42 - RITTERSTR. 17
 Katalog gratis

Norddeutscher Maschinenfabrikerverein
 (Eig. Hamburg)
 Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ Wecker Weg 109
Mitgliederversammlung
 Tagesordnung: 1. Berichtsmitteilungen. 2. Vortrag des Kollegen Wilhelm Röber, Vorsitzender der Zentralkommission, über: „Reizprobleme“. — Nachmittags 5 1/2 Uhr, in der „Heimstätte“, Dielowweg 10/14: **Geselliges Beisammensein** mit den an der Versammlung teilnehmenden Weicker Kollegen. — 190
 Sonntag, den 2. November, nachmittags 1 1/2 Uhr:
Besichtigung des Planetariums
 Alles Nähere durch Rundschreiben. Wir erwarten zu allen Veranstaltungen recht zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Billige böhm. Bettfedern
 aus reinem gütigen Gänse- und Entenfeder. Ein Kilo graue geschlossene 3 M., halbweiße 4 M., weiße 5 M., bessere 6 M., 7 M., neuweiße 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., weiße ungeschlossene 7,50 M., 8,50 M., beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zahlbar gegen Nachnahme. Muster frei. Linstanzsch und Klüppelname gestattet. 140 Benedikt Sackel, Lobos Nr. 788 bei Pilsen in Böhmen.

Sandwalzen Winkelhaken Blasebälge
 Verlag des Bildungsvereins der D. O., Gmbh., Berlin SW 61.

Es ist sehr erregt und die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege **August Winkler** aus Bremerhaven im Alter von 62 Jahren am 8. Oktober von uns scheidet, im Hinblick auf seine 30jährige Mitgliedschaft erwarb er sich durch sein aufrechtes, ehrliches Wesen viele Freunde. Lange Jahre war er Vorsitzender des Bremerhavener Klubs und Mitbegründer unseres Vereins. Seine markante Persönlichkeit hinterläßt eine Wunde.
 Wir werden des lieben Verstorbenen stets in Ehren gedenken.
 Maschinenfabrikerverein „Nordwest“ (Eig. Bremen).

Am 10. Oktober verstarb nach längerem Leben unser lieber Kollege, der **Georg Streicher** aus Lindelbach bei Würzburg i. B., im 61. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm
 Die Kollegen des Verlagshauses Freya, Heidenau bei Dresden.

Sonntag, den 12. Oktober, verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der **Friedrich Schmidt** aus Schwabern, im Alter von 43 Jahren.
 Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.
 Ortsverein Heilbronn.

Am 5. Oktober verstarb infolge Magenverhärtung nach längerem Leben unser lieber Kollege, der Seher **Georg Haller** aus Amberg, im 88. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm allezeit
 Die Mitgliedschaft Rüggeburg.

Am 28. September verstarb an Altersschwäche unser lieber Kollege, der Druckerinwalde **Otto Schuth** im 70. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm
 Bezirksverein Kassel.

Monotypgießer
 von Besten Großbuchdruckerei gesucht. Nur tüchtige und selbstständig arbeitende Meister wollen sich melden unter Nr. 88 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Berufsstellung
 Verlag des Bildungsvereins der D. O., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

20 Buchrosen
 in zehn verschiedenen mit Namen 6 M., Verpackung frei. (Nachnahme), Rosenliste und Kultur-anweisung gratis. 142
 Jetzt beste Pflanzenzeit.
 Viele Anerkennungen.
 Wilhelm Krohn, Akerfen 17 (Hofstein), Rosen-Spezialkulturen.

Wichtig zur Meisterprüfung
 Heinrich Feß, „Der Buchdruckmeister“, Preis 3,50 M.
 Verlag des Bildungsvereins der D. O., Gmbh., Berlin SW 61.

Synometer Metall-Roller Gummi Korrigierrollen Werkzeugkasten
 Werkzeugzeuge für Maschinenmeister u. Setzer empf. in best. Dual. Stoff. Max Voigt, Leipzig-Götterlich, Papierenstraße 5 H. Preisl. feil.